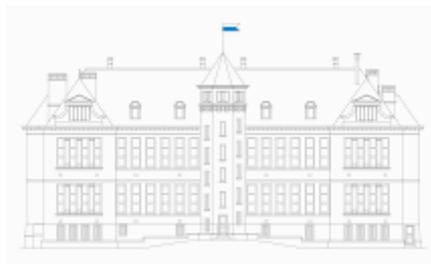


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Inhaltsverzeichnis

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament.....	6
EP-Plenum vom 10. - 13.06.2013 in Straßburg: Wesentliche Ergebnisse.....	6
Island: Neue Regierung legt Beitrittsverhandlungen mit EU auf Eis .....	6
Staatsministerium des Innern .....	7
Rat Justiz und Inneres am 06./07.06.2013: Innenpolitik .....	7
EP-Plenum vom 10. - 13.06.2013 in Straßburg: Innenpolitik .....	7
Datenschutz.....	7
Kommission und EP zeigen sich besorgt über US-Datensammelungsprogramm „PRISM“ .....	7
Feuerwehren, Rettungsdienst, Katastrophenschutz .....	8
Einbau des eCall-Systems in allen Neufahrzeugen ab 2015 Pflicht .....	8
Innere Sicherheit.....	8
EP: LIBE-Ausschuss nimmt Bericht zur Cybercrime-RL an.....	8
Asyl und Migration .....	8
Deutschland erteilte 2012 die meisten positiven Asylentscheidungen in der EU.....	8
Bauen und Wohnen .....	9
Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen Verstoßes gegen die Energieeffizienzrichtlinie	9
Studie: Energieeffizienzausweise wirken sich positiv auf Kaufpreise und Mieten aus .....	9
Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.....	9
JI-Rat in Luxemburg am 06. und 07.06.2013: Justizthemen.....	9
EP gibt grünes Licht für neuen kroatischen Verbraucherschutzkommissar.....	10
Kommission will kollektiven Rechtsschutz in der EU ermöglichen.....	10
Kommission schlägt Richtlinie für Schadensersatzklagen bei Kartellrechtsverstößen vor .....	11
JURI-Ausschuss stimmt über Rechtsgrundlage zur Frauenquote ab .....	11
LIBE-Ausschuss nimmt Cybercrime-Richtlinie an .....	12
Kommission und EP zeigen sich besorgt über USA-Datensammlung „PRISM“ .....	12
Staatsministerium der Finanzen .....	12
EU-Haushalt .....	12
Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 (MFR) - Sachstand.....	12
Wesentliche Ergebnisse der Sitzung der Eurogruppe vom 20.06.2013.....	13
Kommissionsvorschlag zur Ausdehnung des automatischen Informationsaustauschs.....	14
Europäische Investitionsbank (EIB) stellt Finanzhilfen zur Bewältigung der Hochwasserschäden in Aussicht .....	14



EP kritisiert mangelnde Fortschritte bei den Finanzmarktreformen .....	14
Allgemeine Ausrichtung zur Überarbeitung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MIFID/MIFIR) .....	15
EIOPA legt Ergebnisse der Auswirkungsstudie zur angemessenen Bewertung von langfristigen Garantien im Rahmen von Solvency II vor .....	15
EP verabschiedet Richtlinie zu Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Wertpapieremittenten .....	16
Kommissionsvorschlag zur Erstellung der Statistiken für das Verfahren wegen makroökonomischer Ungleichgewichte .....	16
Kommission legt Leitlinien für Regionalbeihilfen ab Mitte 2014 vor .....	16
Änderung der Richtlinie zur Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors .....	17
<b>Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie .....</b>	<b>17</b>
Wirtschaft mit Binnenmarkt und Industrie .....	17
Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 (MFR) – Sachstand .....	17
Kommission schlägt neue Vorschriften zur Gewährleistung hochwertiger und vergleichbarer Statistiken für das Verfahren wegen makroökonomischer Ungleichgewichte vor .....	18
EP verabschiedet Richtlinie zu Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Wertpapieremittenten .....	19
Allgemeine Ausrichtung zur Überarbeitung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MIFID/MIFIR) .....	19
EIOPA legt Ergebnisse der Auswirkungsstudie zur angemessenen Bewertung von langfristigen Garantien im Rahmen von Solvency II vor .....	19
Kommission legt Leitlinien für Regionalbeihilfen ab Mitte 2014 vor .....	20
EP verabschiedet Initiativbericht zu künftigen Regionalbeihilfen .....	20
Kommission stellt Aktionsplan für den Stahlsektor vor .....	21
Aussenwirtschaft .....	21
Rat erteilt Kommission Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA .....	21
EP nimmt Initiativbericht zu umfassender transatlantischer Partnerschaft an .....	22
Energie .....	22
Ergebnisse des Rates der Energieminister am 07.06.2013 .....	22
Sicherheit von Kernanlagen – Kommission schlägt verbindliche Stresstests vor .....	22
Verkehr .....	23
Ergebnisse des Rates der Verkehrsminister am 10.06.2013 .....	23
Allgemeine Ausrichtung des Rates zur Interoperabilitätsrichtlinie des Vierten Eisenbahnpakets .....	23
Kommission mahnt Deutschland zur Umsetzung des ersten Eisenbahnpakets und droht mit Klage vor dem EuGH .....	23
„SES 2+“ – Neues Kommissionspaket zum Einheitlichen Europäischen Luftraum .....	24
Kommission legt Vorschläge zur Einführung eines europaweiten eCall-Systems im Straßenverkehr vor .....	24



EP nimmt Initiativbericht für ein europäisches Mautsystem an .....	25
Technologie und Innovation .....	25
Sonderbericht des EuRH zum 7. Forschungsrahmenprogramm .....	25
Sonstiges .....	26
Europäische Investitionsbank (EIB) stellt Finanzhilfen zur Bewältigung der Hochwasserschäden in Aussicht .....	26
Kommission schlägt Richtlinie für Schadensersatzklagen im Fall von Kartellrechtsverstößen vor .....	26
Kommissionsmitteilung „Gemeinsam für die Jugend Europas – Ein Appell zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ .....	26
EP fasst Entschließung zu Sozialinvestitionspaket für Wachstum und sozialen Zusammenhalt .....	27
Emissionshandel – Konsultation zur Liste der energieintensiven Industriesektoren (Carbon Leakage) ..	27
<b>Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten .....</b>	<b>27</b>
GAP-Reform: EP-Agrarausschuss zum Stand der Verhandlungen und zum weiteren Zeitplan.....	27
Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 – 2020 (MFR) – Sachstand .....	28
EP-Entschließung zur Kürzung der Direktzahlungen für das Kalenderjahr 2013 .....	29
Rat erteilt Kommission Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen über TTIP mit den USA .....	29
JPI Water veröffentlicht erste Version ihrer Forschungs- und Innovationsagenda .....	30
<b>Staatsministerium für Arbeit, Sozialordnung, Familie und Frauen .....</b>	<b>30</b>
Kommissionsmitteilung „Gemeinsam für die Jugend Europas – Ein Appell zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ .....	30
Beschlussvorschlag der Kommission zu besserer Zusammenarbeit der öffentlichen Arbeitsverwaltungen .....	31
Parlamentarischer Abend zur Altersvorsorge in der Bayerischen Vertretung am 18.06.2013.....	31
EP fasst Entschließung zu Sozialinvestitionspaket für Wachstum und sozialen Zusammenhalt .....	31
EP: erste Lesung des Verordnungsvorschlags zum Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen .....	32
EP: Legislative Entschließung zum Richtlinienvorschlag über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (elektromagnetische Felder) .....	32
EP: Entschließungsantrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.....	32
EP: Entschließung über ausbildungsbezogene und berufliche Mobilität von Frauen in der EU .....	33
Pilotprojekt der Kommission für Gehörlose .....	33
JURI-Ausschuss stimmt über Rechtsgrundlage zur Frauenquote ab .....	33
EP gibt grünes Licht für neuen kroatischen Verbraucherschutzkommissar .....	34
<b>Staatsministerium für Unterricht und Kultus.....</b>	<b>34</b>
Künftiges Bildungs-, Jugend- und Sportprogramm: Einigung im informellen Trilog als wichtiger Zwischenschritt .....	34
Kommission appelliert an Mitgliedstaaten zur gemeinsamen Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit...	35



EP fasst Entschließung zum Sozialinvestitionspaket für Wachstum und sozialen Zusammenhalt .....	35
Bereichsübergreifende Zusammenarbeit von Schulen vor Ort reduziert Bildungsbenachteiligung .....	36
Politische Partizipation Jugendlicher am demokratischen Leben in Europa: 15- bis 30-Jährige wollen besser gehört werden .....	36
<b>Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.....</b>	<b>37</b>
Geplantes Freihandelsabkommen der EU mit den USA: Teilweise Einbeziehung von Kultur und Audiovision .....	37
Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 (MFR) – Sachstand .....	37
EP trifft Entschließung zu PSI-Richtlinie.....	38
Sonderbericht des EuRH zum 7. Forschungsrahmenprogramm .....	38
Empfehlungen der Hochrangigen Gruppe für Hochschulbildung vorgelegt .....	39
JPI Water veröffentlicht erste Version ihrer Forschungs- und Innovationsagenda .....	39
Erasmus: Einigung im informellen Trilog als wichtiger Zwischenschritt .....	39
<b>Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit.....</b>	<b>40</b>
Tagung des Rates der Umweltminister am 18.06.2013 in Luxemburg .....	40
EP-Plenum vom 10. - 13.06.2013 in Straßburg: Ergebnisse aus dem Bereich des StMUG .....	40
Sicherheit von Kernanlagen - Kommission schlägt verbindliche Stresstests vor .....	41
Emissionshandel - Konsultation zur Liste der energieintensiven Industriesektoren (Carbon Leakage) ...	41
Kommission veröffentlicht Jahresbericht über das Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel .....	41
<b>IuK- und Medienpolitik .....</b>	<b>42</b>
Handelsministerrat beschließt Ausnahme des audiovisuellen Bereichs von Verhandlungsmandat für Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA .....	42
Sitzung des Telekommunikationsministerrates am 06.06.2013 .....	42
Ministerrat für Justiz und Inneres uneinig über die EU-Datenschutzreform .....	43
Kommission besorgt über USA-Datensammlung „PRISM“ .....	43
Änderung der Richtlinie zur Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors .....	43
Kommission legt jährlichen Fortschrittsanzeiger zur Digitalen Agenda vor .....	44
Griechisches Gericht erklärt vorläufige Abschaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Griechenland für nichtig .....	44
Kommissionsbeschluss zur Einführung eines automatischen Unfallnotrufs in Autos ab 2015 .....	45



## POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

---

### EP-PLENUM VOM 10. - 13.06.2013 IN STRASSBURG: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Beim Juni-Plenum des Europäischen Parlaments (EP) stand anlässlich des bevorstehenden Europäischen Rats (ER) erneut eine Debatte über die Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) im Mittelpunkt. Zudem sprachen die Staatspräsidenten Portugals und Sloweniens zu den Abgeordneten und plädierten für eine Vertiefung der EU. Das EP billigte die Aufteilung der 751 Abgeordnetensitze auf die Mitgliedstaaten nach der Europawahl 2014. Zudem stimmte eine breite Mehrheit der Abgeordneten der Ernennung des künftigen kroatischen Kommissars *Neven Mimica*, der für Verbraucherschutz verantwortlich sein wird, zu (s. dazu Beitrag des StMJV in diesem EB). Außerdem legte das EP fest, wann seine Plenartagungen 2014 stattfinden werden.

Von den Entscheidungen zu Rechtsakten sind innenpolitische Themen hervorzuheben. Das EP billigte die wesentlichen Rechtsakte für die zweite Stufe des Europäischen Asylsystems und zur Reform der Schengen-Regeln (s. Beiträge des StMI in diesem EB).

Im Vorfeld der Kommissionsentscheidung über die Leitlinien für Regionalbeihilfen nahm das EP in einer Entschließung Stellung und sprach sich dabei auch für besondere Fördermaßnahmen zu Gunsten von Gebieten, die an sog. a)-Gebiete angrenzen, aus. Diese Forderung, die die bayerische Forderung nach einem Sondergebietsplafonds für Grenzregionen zur Reduzierung des Fördergefälles an der Grenze zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten aufgreift, wurde in der Kommissionsentscheidung vom 19.06.2013 nicht berücksichtigt (s. Beiträge des StMWIVT in diesem EB).

Zu weiteren Beschlüssen des EP aus den einzelnen Fachbereichen s. die Beiträge der zuständigen Ressorts in diesem EB.

Zudem wurden mehrere außenpolitische Beschlüsse, darunter eine Entschließung zur aktuellen Situation in der Türkei und über die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in Russland sowie eine Stellungnahme zum bevorstehenden Bericht der Hohen Vertreterin der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zum Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) gefasst.

Alle Beschlüsse des EP finden sich unter:

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html>

### ISLAND: NEUE REGIERUNG LEGT BEITRITTSVERHANDLUNGEN MIT EU AUF EIS

Die neue isländische Regierung, deren tragenden Parteien einen EU-Beitritt ablehnen (EB 08/13), will die Beitrittsverhandlungen mit der EU aussetzen. Eine Wiederaufnahme komme nur in Betracht, wenn die isländische Bevölkerung dies in einem Referendum billige. Island will gleichzeitig die Beziehungen mit der EU auf anderer Basis ausbauen. Unklar ist, wann ein Referendum, bei dem derzeit Beitrittsverhandlungen



wahrscheinlich abgelehnt würden, stattfinden soll. Führende Regierungsmitglieder haben erklärt, dass in der gerade begonnenen Legislaturperiode kein Referendum durchgeführt werde.

## STAATSMINISTERIUM DES INNERN

---

### RAT JUSTIZ UND INNERES AM 06./07.06.2013: INNENPOLITIK

Von der JI-Ratstagung am 06./07.06.2013 in Luxemburg, die zum letzten Mal unter irischer Ratspräsidentschaft stattfand, sind folgende innenpolitische Ereignisse hervorzuheben:

- Keine Einigung bei der Datenschutzreform in Sicht
- Armutsmigration: Kommission und Teile des Rates zeigen sich skeptisch

### EP-PLENUM VOM 10.-13.06.2013 IN STRASSBURG: INNENPOLITIK

Von der Plenarsitzung des EP vom 10.-13.06.2013 sind nachfolgende innenpolitische Ereignisse hervorzuheben:

- Gemeinsames Europäisches Asylsystem wird Realität
- Reform der Schengen-Governance unter Dach und Fach
- Entschließung zum sozialen Wohnungsbau in der EU

Entschließung des EP zum sozialen Wohnungsbau in der EU:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0246+0+DOC+XML+V0//DE>

## DATENSCHUTZ

### KOMMISSION UND EP ZEIGEN SICH BESORGT ÜBER US-DATENSAMMLUNGSPROGRAMM „PRISM“

Vizepräsidentin und Justizkommissarin *Viviane Reding* und Innenkommissarin *Cecilia Malmström* haben US-Justizminister *Eric Holder* bei einem Treffen am 14.06.2013 dazu aufgefordert, die Auswirkungen des Internetüberwachungsprogramms „PRISM“ der US-Sicherheitsbehörde National Security Agency (NSA) auf die Rechte von EU-Bürgern darzulegen. Vorgeworfen wird der NSA, anlasslos Daten über Telefonkontakte und die Nutzer großer IT-Unternehmen zu sammeln. *Reding* zufolge habe *Holder* erläutert, das PRISM-Programm zielt auf Nicht-US-Bürger ab, die unter dem Verdacht auf Terrorismus oder Internetkriminalität stünden. Die NSA würde nicht großflächig Daten sammeln, man extrahiere nur Daten verdächtiger Individuen oder Gruppen. Dies geschehe auf Basis von Beschlüssen amerikanischer Gerichte und unter der Aufsicht des US-Kongresses. Auf Vorschlag von *Holder* soll nun eine Gruppe von Sicherheitsexperten der EU und der USA gemeinsam noch ausstehende Fragen klären.



Pressemitteilung der Kommission zum Gespräch mit US-Justizminister *Holder*.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-13-536\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-536_en.htm)

## FEUERWEHREN, RETTUNGSDIENST, KATASTROPHENSCHUTZ

### EINBAU DES ECALL-SYSTEMS IN ALLEN NEUFahrZEUGEN AB 2015 PFLICHT

Die Kommission hat am 13.06.2013 zwei Legislativvorschläge zum sog. eCall-System angenommen. Die vorgeschlagenen Rechtsakte sollen sicherstellen, dass ab Oktober 2015 alle neuen Modelle von PKW und leichten Nutzfahrzeugen mit einem eCall-System ausgerüstet werden und die erforderliche Infrastruktur für Empfang und Abwicklung von eCall Notrufen in Notrufzentralen geschaffen wird. Das eCall-System wählt bei einem schweren Unfall automatisch die einheitliche Notfallnummer 112 und übermittelt den Standort des Fahrzeugs an die Notfalldienste, auch wenn der Fahrer bewusstlos oder aus anderen Gründen nicht in der Lage ist, einen Telefonanruf zu tätigen.

Entschließung des EP vom 03.07.2012:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0274+0+DOC+XML+V0//DE>

## INNERE SICHERHEIT

### EP: LIBE-AUSSCHUSS NIMMT BERICHT ZUR CYBERCRIME-RL AN

Der EP-Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) hat am 06.06.2013 einen Bericht zum Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über Angriffe auf Informationssysteme (Cybercrime-Richtlinie) angenommen. Ziel dieser Richtlinie ist die Angleichung der einzelstaatlichen Strafvorschriften für Angriffe auf Informationssysteme, indem Mindestvorschriften für die Definition von Straftaten und für die Sanktionen bei Angriffen auf Informationssysteme festgelegt werden. Des weiteren soll durch die Richtlinie die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten sowie der zuständigen Fachämter und -agenturen der EU erreicht werden. Die Abstimmung im EP-Plenum ist für den 03.07.2013 geplant.

## ASYL UND MIGRATION

### DEUTSCHLAND ERTEILTE 2012 DIE MEISTEN POSITIVEN ASYLENTSCHEIDUNGEN IN DER EU

Laut einer am 18.06.2013 vom Europäischen Statistikamt Eurostat veröffentlichten Statistik verzeichnete Deutschland mit 22.200 von insgesamt 102.700 die höchste Zahl von positiven Asylentscheidungen im Jahr 2012. Auf Deutschland, Frankreich und Schweden entfielen zusammen fast zwei Drittel aller positiven Asylentscheidungen in der gesamten EU. Die größte Personengruppe, der 2012 der Schutzstatus zugesprochen wurde, waren Syrer.



Pressemitteilung von Eurostat mit ausführlichen Daten:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_STAT-13-96\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-96_de.htm)

## **BAUEN UND WOHNEN**

### **VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND WEGEN VERSTOSSES GEGEN DIE ENERGIEEFFIZIENZRICHTLINIE**

Die Kommission hat am 20.06.2013 Deutschland und sechs weitere Mitgliedstaaten in einer mit Gründen versehenen Stellungnahme offiziell dazu aufgefordert, alle Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie zur Energieeffizienz von Gebäuden (RL 2010/31/EU) mitzuteilen. Die Richtlinie war bis zum 09.07.2012 in nationales Recht umzusetzen, die nun aufgeforderten Mitgliedstaaten haben der Kommission bisher keinen Vollzug der Umsetzungsverpflichtung gemeldet. Falls diese Mitgliedstaaten ihren rechtlichen Verpflichtungen nicht binnen zwei Monaten nachkommen, kann die Kommission sie vor dem EuGH verklagen.

Pressemitteilung über alle im Juni eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-583\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-583_de.htm).

### **STUDIE: ENERGIEEFFIZIENZAUSWEISE WIRKEN SICH POSITIV AUF KAUFPREISE UND MIETEN AUS**

Die Kommission hat am 20.06.2013 eine Studie über Energieeffizienzausweise für Gebäude und deren Auswirkung auf Kaufpreise und Mieten in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht. Die Studie zeigt, dass sich Energieeffizienzausweise gemäß der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Richtlinie 2010/31/EU) auf Kaufpreise und Mieten zum Vorteil für Verkäufer und Vermieter auswirken. Deutschland war mangels öffentlich zugänglicher Daten nicht in die Studie einbezogen worden.

Studie „Energieeffizienzausweise für Gebäude und deren Auswirkungen auf Kaufpreise und Mieten in ausgewählten EU-Ländern“:

[http://ec.europa.eu/energy/efficiency/buildings/doc/20130619-energy\\_performance\\_certificates\\_in\\_buildings.pdf](http://ec.europa.eu/energy/efficiency/buildings/doc/20130619-energy_performance_certificates_in_buildings.pdf)

## **STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ**

---

### **JI-RAT IN LUXEMBURG AM 06. UND 07.06.2013: JUSTIZTHEMEN**

Am 06. (Justiz) und 07.06. (Inneres) tagte der Rat für Justiz und Inneres letztmalig unter irischer Ratspräsidentschaft. Thematisch behandelt wurden hierbei insbesondere folgende Themen: die Datenschutzreform, der Richtlinienentwurf über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der EU gerichtetem Betrug, die Verordnungsvorschläge zur Einführung eines Europäischen Beschlusses zur vorläufigen Kontopfändung in Zivil- und Handelssachen und zur Änderung der Verordnung des Rates über Insolvenzverfahren. Bei der Diskussion zur Datenschutzreform zeigte sich, dass



das ursprüngliche Ziel der Kommission, die Datenschutzreform noch in der laufenden Legislaturperiode abzuschließen, sich wohl nicht verwirklichen lassen wird, da eine Einigung nicht in Sicht ist (s. hierzu auch Beitrag des StMI und des Geschäftsbereichs IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

Pressemitteilung des Ministerrates für Justiz und Inneres am 06.06.2013 in englischer Sprache:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/jha/137407.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/137407.pdf)

### **EP GIBT GRÜNES LICHT FÜR NEUEN KROATISCHEN VERBRAUCHERSCHUTZKOMMISSAR**

Wie erwartet (EB 10/13) hat das EP-Plenum am 12.06.2013 in Straßburg für die Ernennung des designierten kroatischen Verbraucherschutzkommissar *Neven Mimica* gestimmt. Nachdem der Koordinator der EVP-Fraktion im IMCO *Andreas Schwab* (EVP/DEU) sich nach der Anhörung am 04.06.2013 noch reserviert gezeigt hatte, äußerte er sich nach Erhalt eines Briefes von Herrn *Mimica* an den Vorsitzenden des IMCO-Ausschusses *Malcolm Harbour* (ECR/GBR), in dem er noch auf einige Punkte ergänzend eingegangen war, positiv. Wenn der Rat nun voraussichtlich am 28.06.2013 ebenfalls sein voraussichtlich positives Votum erteilt, kann *Neven Mimica* am 01.07.2013 sein neues Amt als Verbraucherschutzkommissar antreten.

Brief des designierten Kommissars *Mimica* vom 07.06.2013:

<https://docs.google.com/file/d/0BwmJMoQfz0FFWUotMkpDbTQ4Z3M/edit?usp=sharing&pli=1>

### **KOMMISSION WILL KOLLEKTIVEN RECHTSSCHUTZ IN DER EU ERMÖGLICHEN**

Am 11.06.2013 haben die Vizepräsidentin und Justizkommissarin *Viviane Reding*, der Gesundheits- und Verbraucherschutzkommissar *Tonio Borg* und Vizepräsident und Wettbewerbskommissar *Joaquin Almunia* eine Mitteilung und eine Empfehlung für eine Reihe gemeinsamer, nicht verbindlicher Grundsätze für kollektive Rechtsschutzverfahren in den Mitgliedstaaten vorgestellt. Hierdurch sollen Bürger und Unternehmen die ihnen durch EU-Recht garantierten Rechte besser durchsetzen können, insbesondere bei Verstößen im Bereich Verbraucherschutz, Wettbewerb, Umweltschutz, Schutz personenbezogener Daten, Finanzdienstleistungen und Anlegerschutz. Laut Justizkommissarin *Reding* haben die Mitgliedsstaaten im Bereich des kollektiven Rechtsschutzes sehr unterschiedliche Rechtstraditionen, die die Kommission aber respektieren wolle. „Unsere Empfehlung soll für mehr Kohärenz sorgen, soweit EU-Recht betroffen ist“, verkündete *Reding*.

Die Mitteilung und die Empfehlung zur Einführung eines kollektiven Rechtsschutzverfahrens ergänzen die ebenfalls am 11.06.2013 vorgestellte Richtlinie über kartellrechtlichen Schadensersatz und eine ergänzende Mitteilung (s. dazu weiteren Beitrag in diesem EB).

Empfehlung der Kommission:

[http://ec.europa.eu/justice/civil/files/c\\_2013\\_3539\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/justice/civil/files/c_2013_3539_de.pdf)

Mitteilung der Kommission:

[http://ec.europa.eu/justice/civil/files/com\\_2013\\_401\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/justice/civil/files/com_2013_401_de.pdf)

Pressemitteilung der Kommission

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-524\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-524_de.htm)



## KOMMISSION SCHLÄGT RICHTLINIE FÜR SCHADENSERSATZKLAGEN BEI KARTELLRECHTSVERSTÖßEN VOR

Im Zusammenhang mit der Empfehlung zur Einführung eines kollektiven Rechtsschutzes (s. vorherigen Beitrag in diesem EB) präsentierte Vizepräsident und Wettbewerbskommissar *Joaquín Almunia* am 11.06.2013 einen „Vorschlag für eine Richtlinie über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen nach einzelstaatlichem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union“. Parallel veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung zur Ermittlung des Schadensumfangsumfangs bei Schadensersatzklagen bei Zuwiderhandlungen gegen Wettbewerbsrecht, die den Gerichten und den Parteien von Schadensersatzklagen eine Orientierungshilfe geben soll.

Der Richtlinienvorschlag wird nun im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren im Rat und dem EP behandelt werden. Nach Inkrafttreten hätten die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, diese Regelungen umzusetzen.

Richtlinienvorschlag der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0404:FIN:DE:PDF>

Mitteilung der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2013:167:0019:0021:DE:PDF>

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-525\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-525_de.htm)

## JURI-AUSSCHUSS STIMMT ÜBER RECHTSGRUNDLAGE ZUR FRAUENQUOTE AB

Nachdem der JURI-Ausschuss am 30.05.2013 abermals nicht über die Frage der Rechtmäßigkeit der von der Kommission gewählten Rechtsgrundlage für den „Richtlinienvorschlag für eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaftern“ abgestimmt hatte, konnte dies nun im dritten Ablauf nachgeholt werden. Mit vier Enthaltungen und bei sechs ablehnenden Stimmen wurde der Vorschlag der Berichterstatterin *Evelyn Regner* (S&D, AUT), Art. 157 Abs. 3 AEUV als tragfähige Rechtsgrundlage anzusehen, mit 11 positiven Voten angenommen. Ein Teil der Anwesenden quittierte das Abstimmungsergebnis mit spontanem Applaus.

Trotz des positiven Votums sind die Erfolgsaussichten des Kommissionsvorschlag zweifelhaft, da durch die ablehnende Haltung der Bundesregierung (EB 06/13) im Rat eine Sperrminorität gegen den Vorschlag vorhanden ist.

Richtlinienvorschlag der Kommission vom 14.11.2012:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0614:FIN:de:PDF>

Urteil des EuGH vom 11.11.2010 (C-232/09)

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:62009CJ0232:DE:HTML>



## **LIBE-AUSSCHUSS NIMMT CYBERCRIME-RICHTLINIE AN**

Am 06.06.2013 hat der der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) den Bericht von Berichterstatterin *Monika Hohlmeier* (EVP/DEU) zum Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über Angriffe auf Informationssysteme (Cybercrime-Richtlinie) angenommen. Ziel dieser Richtlinie ist die Angleichung der einzelstaatlichen Strafvorschriften zu Angriffen auf Informationssysteme, indem Mindestvorschriften für die Definition von Straftaten und für die Sanktionen bei Angriffen auf Informationssysteme festgelegt werden. Des Weiteren soll durch die Richtlinie die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten sowie der zuständigen Fachämter und -agenturen der EU erreicht werden. Die Abstimmung im EP-Plenum ist für den 03.07.2013 geplant (s. hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

## **KOMMISSION UND EP ZEIGEN SICH BESORGT ÜBER USA-DATENSAMMLUNG „PRISM“**

Vizepräsidentin und Justizkommissarin *Viviane Reding* und Innenkommissarin *Cecilia Malmström* haben U.S.-Justizminister *Eric Holder* bei einem Treffen am 14.06.2013 dazu aufgefordert, die Auswirkungen Internetüberwachungsprogramms „PRISM“ der US-Sicherheitsbehörde National Security Agency (NSA) auf die Rechte von EU-Bürgern darzulegen. Nach den Enthüllungen des „Whistleblower“ *Edward Snowden* soll die NSA anlasslos Daten über Telefonkontakte und die Nutzer großer IT-Unternehmen wie Google, Microsoft, Yahoo, Facebook, Apple, YouTube, Skype und PalTalk zu sammeln. Betroffen wären davon Emails, Videos, Fotos und andere Daten dieser Internetnutzer. *Reding* führte aus, sie habe klar gemacht, dass die Grundrechte der Bürger nicht verhandelbar seien: Ebenso hätten Regierungen natürlich auch für die Sicherheit Sorge zu tragen. Auf Vorschlag von *Holder* soll nun eine Gruppe von Sicherheitsexperten der EU und der USA gemeinsam noch ausstehende Fragen klären (s. dazu Beitrag des StMI und des Geschäftsbereichs IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

Pressemitteilung von Vizepräsidentin *Reding* zu den Gesprächen mit US-Justizminister *Holder* zu PRISM in englischer Sprache:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-13-536\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-536_en.htm)

Pressemitteilung des EP zur Parlamentsdebatte am 10.06.2013 über das US-Datensammelprogramm:

[http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/public/story/20130611STO11522/20130611STO11522\\_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/public/story/20130611STO11522/20130611STO11522_de.pdf)

## **STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN**

---

### **EU-HAUSHALT**

#### **VERHANDLUNGEN ÜBER DEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 – 2020 (MFR) - SACHSTAND**

Am 19.06.2013 wurde die vorerst letzte Trilogsitzung zwischen Rat, EP und Kommission zum MFR 2014 – 2020 beendet. Die irische Ratspräsidentschaft und die Kommission teilten übereinstimmend mit, dass es eine



Einigung gab. Es habe Zugeständnisse des Rates bei den zentralen Forderungen des EP gegeben: Flexibilität, Halbzeitüberprüfung, Zeitplan für die Einführung neuer Eigenmittel und Einheit des EU-Haushalts. Die Zahlen des Finanzrahmens bleiben gegenüber dem Kompromiss des Europäischen Rates (ER) vom 07./08.02.2013 unverändert. MdEP Böge, ständiger Berichterstatter zum MFR und Mitglied des Verhandlungsteams des EP, bestritt jedoch, dass es zu einer Einigung gekommen sei. Die Darstellung der irischen Ratspräsidentschaft über eine angebliche Einigung sei eine Manipulation. Das Verhandlungsteam des EP habe lediglich beschlossen, die Verhandlungen nicht weiter fortzuführen und die Texte dem Plenum des EP vorzulegen. Das Verhandlungsteam als Ganzes sehe sich jedoch nicht in der Lage, das von der irischen Ratspräsidentschaft als Kompromiss dargestellte Ergebnis zu verteidigen. MdEP Böge ist vor diesem Hintergrund als Berichterstatter zum MFR zurückgetreten. Einer möglichen Abstimmung im Plenum des EP wolle er nicht im Wege stehen.

Die irische Ratspräsidentschaft hat nach der letzten Trilogsitzung angekündigt, dem Rat für Allgemeine Angelegenheiten in seiner Sitzung am 25.06.2013 zu empfehlen, das Trilogergebnis anzunehmen (Einstimmigkeitsprinzip). Ob der Rat für Allgemeine Angelegenheiten den vermeintlichen Kompromiss nach dem geschilderten Eklat annehmen wird, ist noch unklar. Daneben müsste der Kompromiss auch vom EP gebilligt werden. Notwendig ist die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des EP. Das EP wird sich im Plenum mit dem Finanzrahmen voraussichtlich im Juli-Plenum befassen (01. - 04.07.2013).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-592\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-592_en.htm)

Videoaufzeichnung des Statements der irischen Ratspräsidentschaft:

<http://ec.europa.eu/avservices/video/player.cfm?ref=1079677>

### **WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DER EUROGRUPPE VOM 20.06.2013**

Die Eurogruppe hat sich am 20.06.2013 auf die wesentlichen Eckpunkte der direkten Bankenrekapitalisierung verständigt. Bisher kann der ESM Banken nur indirekt über Finanzhilfen an den betreffenden Mitgliedstaat rekapitalisieren. Um die Ausleihkapazität des ESM für die anderen Instrumente nicht allzu sehr zu beeinträchtigen, sollen die für die direkte Bankenrekapitalisierung zur Verfügung stehenden Mittel auf 60 Mrd. € begrenzt werden. Bevor es zu einer direkten Bankenrekapitalisierung über den ESM kommt, müssen private Kapitalquellen herangezogen werden („bail in“). Im Übrigen sieht die Lastenteilung zwischen dem ESM und dem betroffenen Mitgliedstaat so aus, dass der Mitgliedstaat seine Banken zunächst selbst rekapitalisieren muss, bis ein hartes Kernkapital von 4,5 % erreicht ist. Erst dann kommen direkte Rekapitalisierungsmaßnahmen aus dem ESM in Betracht. Auch eine rückwirkende Anwendung des Instruments der direkten Bankenrekapitalisierung soll grundsätzlich möglich sein. Dem Anliegen Zyperns, die Auflagen seines Rettungsprogramms neu zu verhandeln, hat die Eurogruppe eine klare Absage erteilt.



## **KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR AUSDEHNUNG DES AUTOMATISCHEN INFORMATIONSAUSTAUSCHS**

Die Kommission hat am 12.06.2013 vorgeschlagen, den automatischen Informationsaustausch zwischen den Steuerverwaltungen in der EU auszudehnen, um die Bekämpfung von Steuerhinterziehung weiter zu intensivieren. Derzeit sieht die Zinsbesteuerungsrichtlinie einen automatischen Informationsaustausch über Zinserträge vor. Auf der Grundlage der geltenden Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung wird ab dem 01.01.2015 ein automatischer Informationsaustausch über Vergütungen aus nichtselbständiger Tätigkeit, Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen, Lebensversicherungsprodukte, Ruhegehälter und Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eingeführt. Nunmehr schlägt die Kommission ergänzend vor, zum selben Zeitpunkt den automatischen Informationsaustausch auch für Dividenden, Veräußerungsgewinne, sonstige Finanzerträge und Kontoguthaben einzuführen.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-530\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-530_de.htm)

Memo der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-533\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-533_en.htm)

Legislativvorschlag der Kommission:

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/resources/documents/taxation/tax\\_cooperation/mutual\\_assistance/direct\\_tax\\_directive/com\\_2013\\_348\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/tax_cooperation/mutual_assistance/direct_tax_directive/com_2013_348_de.pdf)

## **EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK (EIB) STELLT FINANZHILFEN ZUR BEWÄLTIGUNG DER HOCHWASSERSCHÄDEN IN AUSSICHT**

Die EIB hat am 12.06.2013 signalisiert, finanzielle Hilfen zur Bewältigung der aktuellen Hochwasserschäden in Europa zur Verfügung zu stellen. Der Präsident der EIB, *Werner Hoyer*, hat dies den Regierungschefs der vom Hochwasser betroffenen Mitgliedstaaten (Deutschland, Österreich, Slowakei, Tschechien und Ungarn) bereits mitgeteilt. Die EIB prüft derzeit, wie sie dringende Wiederaufbauprogramme auf lokaler und regionaler Ebene unterstützen sowie Hilfe zum präventiven Ausbau von Dämmen gegen künftige Hochwasser leisten kann. Beim Hochwasser im Jahr 2002 hatte die EIB insgesamt Hilfskredite im Gesamtvolumen von 1 Mrd. € bewilligt.

Pressemitteilung der EIB:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_BEI-13-85\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_BEI-13-85_de.htm)

## **EP KRITISIERT MANGELNDE FORTSCHRITTE BEI DEN FINANZMARKTREFORMEN**

Das EP kritisiert in einer Entschließung vom 13.06.2013 mangelnde Fortschritte bei wichtigen Finanzmarktreformen und sieht die Verantwortung hierfür vor allem bei der Kommission und beim Rat. Das EP bekräftigt seine Bereitschaft, vor dem Ende der aktuellen Legislaturperiode im Frühjahr 2014 die ersten Lesungen zumindest zu den Kommissionsvorschlägen im Finanzmarktbereich abzuschließen, die derzeit



vorliegen. Die Kommission wird aufgefordert, die noch ausstehenden und angekündigten Vorschläge beschleunigt vorzulegen. Genannt werden vom EP u. a. ein Verordnungsentwurf zur Einrichtung eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und zur Umsetzung der Empfehlungen der hochrangigen Expertengruppe zu Bankenstrukturreformen (*Liikanen*-Gruppe).

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0276+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **ALLGEMEINE AUSRICHTUNG ZUR ÜBERARBEITUNG DER RICHTLINIE ÜBER MÄRKTE FÜR FINANZINSTRUMENTE (MIFID/MIFIR)**

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (Botschafter) hat am 17.06.2013 eine Einigung über eine Verordnung und eine Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente erzielt (sog. „MiFID, MiFIR“). Es handelt sich dabei um eines der zentralen Regelwerke im Finanzmarktbereich. Damit sollen die Finanzmärkte effizienter, widerstandsfähiger und transparenter gemacht und der Anlegerschutz gestärkt werden. Ein Hauptziel ist die Eindämmung exzessiver Spekulationen an den Finanzmärkten. Die allgemeine Ausrichtung soll vom ECOFIN-Rat am 21.06.2013 noch gebilligt werden. Im Anschluss können die Trilogverhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen. Das EP hatte seine Verhandlungsposition im Plenum bereits am 26.10.2012 mit deutlicher Mehrheit angenommen (EB 19/2012). Zuständiger Berichterstatter im EP ist MdEP *Ferber* (CSU).

Pressemitteilung des Rates:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/137497.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/137497.pdf)

### **EIOPA LEGT ERGEBNISSE DER AUSWIRKUNGSSTUDIE ZUR ANGEMESSENEN BEWERTUNG VON LANGFRISTIGEN GARANTIEN IM RAHMEN VON SOLVENCY II VOR**

Die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersvorsorge (EIOPA) hat am 14.06.2013 die Ergebnisse der Auswirkungsstudie zur angemessenen Bewertung von langfristigen Garantien im Rahmen des Solvency II-Regelwerks veröffentlicht. Diese Frage ist insbesondere für die Bewertung von Verpflichtungen im Rahmen von Lebensversicherungen von erheblicher Bedeutung. Kommissar *Barnier* forderte den Rat und das EP auf, auf der Grundlage der Ergebnisse der Auswirkungsstudie nunmehr die Verhandlungen zur sog. „Omnibus II“-Richtlinie, die u. a. der Anpassung der Solvency II-Richtlinie an die neue europäische Versicherungsaufsicht dient, zügig voranzutreiben und bald zum Abschluss zu bringen. Der zuletzt anvisierte Starttermin für Solvency II, der 01.01.2014, kann aber wohl nicht mehr gehalten werden.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-547\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-547_en.htm)

Pressemitteilung der BaFin:

[http://www.bafin.de/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Meldung/2013/meldung\\_130614\\_ltga\\_studie.html](http://www.bafin.de/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Meldung/2013/meldung_130614_ltga_studie.html)



## **EP VERABSCHIEDET RICHTLINIE ZU TRANSPARENZANFORDERUNGEN IN BEZUG AUF INFORMATIONEN ÜBER WERTPAPIEREMITTENTEN**

Am 12.06.2013 hat das EP den Text über den im Mai mit dem Rat erzielten Kompromiss zur Änderung der Richtlinie zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, angenommen. Die von der Kommission bereits 2011 vorgeschlagene Richtlinie zielt darauf ab, durch Überarbeitung der Transparenzrichtlinie 2004/109/EG europaweit das Vertrauen von Anlegern in Wertpapieremittenten zu stärken, indem sie die Transparenzanforderungen an relevante Informationen zu diesen erhöht. So müssen Wertpapieremittenten nun regelmäßig Finanzinformationen über die Ergebnisse im Laufe des Geschäftsjahres sowie laufende Informationen über gehaltene bedeutende Stimmrechtsanteile gehaltener Aktien und Finanzinstrumente veröffentlichen. Der Rat muss dem Text noch offiziell zustimmen (s. dazu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Pressemitteilung des Rates zur Trilogeeinigung:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/ecofin/137336.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ecofin/137336.pdf)

Angenommener Text der Richtlinie:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2012-0292+0+DOC+PDF+V0//DE>

## **KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR ERSTELLUNG DER STATISTIKEN FÜR DAS VERFAHREN WEGEN MAKROÖKONOMISCHER UNGLEICHGEWICHTE**

Die Kommission hat am 07.06.2013 neue Regeln für die Erstellung, Überwachung und Übermittlung von Statistiken im Rahmen des Verfahrens wegen makroökonomischer Ungleichgewichte vorgeschlagen. Es soll sichergestellt werden, dass die für das Verfahren verwendeten Daten vergleichbar, verlässlich und von hoher Qualität sind. Für die Qualitätskontrolle und die Verbreitung der Daten soll Eurostat zuständig sein. Liefert ein Mitgliedstaat bewusst falsche Daten, sind Sanktionen möglich. Der im Verordnungsentwurf der Kommission vorgesehene Ansatz orientiert sich weitgehend an den statistischen Verfahren, auf die bei den Defizitverfahren zurückgegriffen wird.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-515\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-515_de.htm)

Text des Verordnungsentwurfs:

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/excessive\\_imbalance\\_procedure/Documents/1\\_DE\\_ACT\\_part1\\_v2.pdf](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/excessive_imbalance_procedure/Documents/1_DE_ACT_part1_v2.pdf)

## **KOMMISSION LEGT LEITLINIEN FÜR REGIONALBEIHILFEN AB MITTE 2014 VOR**

Am 19.06.2013 hat die Kommission die finale Version der neuen Leitlinien für Regionalbeihilfen vorgelegt, die aber erst ab 01.07.2014 statt wie ursprünglich vorgesehen ab 01.01.2014 gelten sollen; bis dahin sollen die alten fortgeschrieben werden. Anders als in ihrem Entwurf vom Januar 2013 (EB 02/13) möchte die



Kommission die Gebiete, in denen Regionalbeihilfen möglich sind, nominal nicht mehr verringern, sondern erweitert den europäischen Fördergebietsplafond auf insgesamt 46,53 % der EU-27-Gesamtbevölkerung (derzeit 46,1%), was einem Plafond von 47,0% der EU-28-Bevölkerung nach dem Beitritt Kroatiens am 01.07.2013 entspricht. Der Plafond für Deutschland wurde allerdings noch einmal gesenkt und ist nun auf 25,85 % begrenzt. Dem bayerischen Anliegen einer besonderen Zuweisung sog. c)-Fördergebiete entlang der Grenze zu tschechischen Gebieten (welche als a)-Fördergebiete Höchstförderbedingungen erhalten) ist die Kommission nicht nachgekommen, sodass Bayern keine vorab auf europäischer Ebene ausgewiesenen Fördergebiete erhalten wird (s. dazu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-569\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-569_de.htm)

## **ÄNDERUNG DER RICHTLINIE ZUR WEITERVERWENDUNG VON INFORMATIONEN DES ÖFFENTLICHEN SEKTORS**

Das EP hat am 13.06.2013 nach informeller Einigung mit dem Rat seinen Standpunkt in erster Lesung zur Änderung der Richtlinie 2003/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (sog. PSI-Richtlinie) festgelegt (EB 07/13). Danach sollen öffentliche Stellen für die Herausgabe von Informationen als Ausgangsmaterial für Dienste privater Anbieter wie z. B. Navigationssysteme, Wettervorhersagen etc. grundsätzlich nur kostendeckende Gebühren verlangen. Ausnahmen sind für Bibliotheken, Museen und Archive vorgesehen, die auch weiterhin über die Kosten für Vervielfältigung und Weiterverbreitung der Informationen hinausgehende Gebühren einfordern können (s. dazu Beitrag im Bereich der IuK- und Medienpolitik).

Text der legislativen Entschließung des EP zur Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0275+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Pressemitteilung der Kommission in englischer Sprache:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-555\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-555_en.htm)

## **STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, INFRASTRUKTUR, VERKEHR UND TECHNOLOGIE**

---

### **WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE**

#### **VERHANDLUNGEN ÜBER DEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 – 2020 (MFR) – SACHSTAND**

Am 19.06.2013 wurde die vorerst letzte Trilogitzung zwischen Rat, EP und Kommission zum MFR 2014 – 2020 beendet. Die irische Ratspräsidentschaft und die Kommission teilten übereinstimmend mit, dass es eine



Einigung gab. Es habe Zugeständnisse des Rates bei den zentralen Forderungen des EP gegeben: Flexibilität, Halbzeitüberprüfung, Zeitplan für die Einführung neuer Eigenmittel und Einheit des EU-Haushalts. Die Zahlen des Finanzrahmens bleiben gegenüber dem Kompromiss des Europäischen Rates (ER) vom 07./08.02.2013 unverändert. MdEP Böge, ständiger Berichterstatter zum MFR und Mitglied des Verhandlungsteams des EP, bestritt jedoch, dass es zu einer Einigung gekommen sei. Die Darstellung der irischen Ratspräsidentschaft über eine angebliche Einigung sei eine Manipulation. Das Verhandlungsteam des EP habe lediglich beschlossen, die Verhandlungen nicht weiter fortzuführen und die Texte dem Plenum des EP vorzulegen. Das Verhandlungsteam als Ganzes sehe sich jedoch nicht in der Lage, das von der irischen Ratspräsidentschaft als Kompromiss dargestellte Ergebnis zu verteidigen. MdEP Böge ist vor diesem Hintergrund als Berichterstatter zum MFR zurückgetreten. Einer möglichen Abstimmung im Plenum des EP wolle er nicht im Wege stehen. Die irische Ratspräsidentschaft hat nach der letzten Trilogisierung angekündigt, dem Rat für Allgemeine Angelegenheiten in seiner Sitzung am 25.06.2013 zu empfehlen, das Trilogergebnis anzunehmen (Einstimmigkeitsprinzip). Ob der Rat für Allgemeine Angelegenheiten den vermeintlichen Kompromiss nach dem geschilderten Eklat annehmen wird, ist noch unklar. Daneben müsste der Kompromiss auch vom EP gebilligt werden. Notwendig ist die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des EP. Das EP wird sich im Plenum mit dem Finanzrahmen voraussichtlich im Juli-Plenum befassen (01. - 04.07.2013) (s. dazu Beitrag des StMF in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-592\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-592_en.htm)

Videoaufzeichnung des Statements der irischen Ratspräsidentschaft:

<http://ec.europa.eu/avservices/video/player.cfm?ref=l079677>

### **KOMMISSION SCHLÄGT NEUE VORSCHRIFTEN ZUR GEWÄHRLEISTUNG HOCHWERTIGER UND VERGLEICHBARER STATISTIKEN FÜR DAS VERFAHREN WEGEN MAKROÖKONOMISCHER UNGLEICHGEWICHTE VOR**

Die Kommission hat am 07.06.2013 neue Regeln für die Erstellung, Überwachung und Übermittlung von Statistiken im Rahmen des Verfahrens wegen makroökonomischer Ungleichgewichte vorgeschlagen. Es soll sichergestellt werden, dass die für das Verfahren verwendeten Daten vergleichbar, verlässlich und von hoher Qualität sind. Für die Qualitätskontrolle und die Verbreitung der Daten soll Eurostat zuständig sein. Liefert ein Mitgliedstaat bewusst falsche Daten, sind Sanktionen möglich. Der im Verordnungsentwurf der Kommission vorgesehene Ansatz orientiert sich weitgehend an den statistischen Verfahren, auf die bei den Defizitverfahren zurückgegriffen wird (s. dazu Beitrag des StMF in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-515\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-515_de.htm)

Text des Verordnungsentwurfs:

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/excessive\\_imbalance\\_procedure/Documents/1\\_DE\\_ACT\\_part1\\_v2.pdf](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/excessive_imbalance_procedure/Documents/1_DE_ACT_part1_v2.pdf)



## **EP VERABSCHIEDET RICHTLINIE ZU TRANSPARENZANFORDERUNGEN IN BEZUG AUF INFORMATIONEN ÜBER WERTPAPIEREMITTENTEN**

Am 12.06.2013 hat das EP den Text über den im Mai mit dem Rat erzielten Kompromiss zur Änderung der Richtlinie zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, angenommen. Die von der Kommission bereits 2011 vorgeschlagene Richtlinie zielt darauf ab, durch Überarbeitung der Transparenzrichtlinie 2004/109/EG europaweit das Vertrauen von Anlegern in Wertpapieremittenten zu stärken, indem sie die Transparenzanforderungen an relevante Informationen zu diesen erhöht. So müssen Wertpapieremittenten nun regelmäßig Finanzinformationen über die Ergebnisse im Laufe des Geschäftsjahres sowie laufende Informationen über gehaltene bedeutende Stimmrechtsanteile gehaltener Aktien und Finanzinstrumente veröffentlichen. Der Rat muss dem Text noch offiziell zustimmen.

Pressemitteilung des Rates zur Trilogeeinigung:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/ecofin/137336.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ecofin/137336.pdf)

Angenommener Text der Richtlinie:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2012-0292+0+DOC+PDF+V0//DE>

## **ALLGEMEINE AUSRICHTUNG ZUR ÜBERARBEITUNG DER RICHTLINIE ÜBER MÄRKTE FÜR FINANZINSTRUMENTE (MIFID/MIFIR)**

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (Botschafter) hat am 17.06.2013 eine Einigung über eine Verordnung und eine Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente erzielt (sog. „MiFID, MiFIR“). Es handelt sich dabei um eines der zentralen Regelwerke im Finanzmarktbereich. Damit sollen die Finanzmärkte effizienter, widerstandsfähiger und transparenter gemacht und der Anlegerschutz gestärkt werden. Ein Hauptziel ist die Eindämmung exzessiver Spekulationen an den Finanzmärkten. Die allgemeine Ausrichtung soll vom ECOFIN-Rat am 21.06.2013 noch gebilligt werden. Im Anschluss können die Trilogverhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen. Das EP hatte seine Verhandlungsposition im Plenum bereits am 26.10.2012 mit deutlicher Mehrheit angenommen (EB 19/2012). Zuständiger Berichterstatter im EP ist MdEP *Ferber* (CSU).

Pressemitteilung des Rates:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/137497.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/137497.pdf)

## **EIOPA LEGT ERGEBNISSE DER AUSWIRKUNGSSTUDIE ZUR ANGEMESSENEN BEWERTUNG VON LANGFRISTIGEN GARANTIEN IM RAHMEN VON SOLVENCY II VOR**

Die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersvorsorge (EIOPA) hat am 14.06.2013 die Ergebnisse der Auswirkungsstudie zur angemessenen Bewertung von langfristigen Garantien im Rahmen des Solvency II-Regelwerks veröffentlicht. Diese Frage ist insbesondere für die Bewertung von Verpflichtungen im Rahmen von Lebensversicherungen von erheblicher Bedeutung.



Kommissar *Barnier* forderte den Rat und das EP auf, auf der Grundlage der Ergebnisse der Auswirkungsstudie nunmehr die Verhandlungen zur sog. „Omnibus II“-Richtlinie, die u. a. der Anpassung der Solvency II-Richtlinie an die neue europäische Versicherungsaufsicht dient, zügig voranzutreiben und bald zum Abschluss zu bringen. Der zuletzt anvisierte Starttermin für Solvency II, der 01.01.2014, kann aber wohl nicht mehr gehalten werden (s. dazu Beitrag des StMF in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-547\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-547_en.htm)

Pressemitteilung der BaFin:

[http://www.bafin.de/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Meldung/2013/meldung\\_130614\\_ltga\\_studie](http://www.bafin.de/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Meldung/2013/meldung_130614_ltga_studie)

### **KOMMISSION LEGT LEITLINIEN FÜR REGIONALBEIHILFEN AB MITTE 2014 VOR**

Am 19.06.2013 hat die Kommission die finale Version der neuen Leitlinien für Regionalbeihilfen 2014 - 2020 vorgelegt, die aber erst ab 01.07.2014 statt wie ursprünglich vorgesehen ab 01.01.2014 gelten sollen; bis dahin sollen die alten fortgeschrieben werden. Anders als in ihrem Entwurf vom Januar 2013 (EB 02/13) möchte die Kommission die Gebiete, in denen Regionalbeihilfen möglich sind, nominal nicht mehr verringern, sondern erweitert den europäischen Fördergebietsplafond auf insgesamt 46,53 % der EU-27-Gesamtbevölkerung (derzeit 46,1%), was einem Plafond von 47,0% der EU-28-Bevölkerung nach dem Beitritt Kroatiens am 01.07.2013 entspricht. Der Plafond für Deutschland wurde allerdings noch einmal gesenkt und ist nun auf 25,85 % begrenzt. Dem bayerischen Anliegen einer besonderen Zuweisung sog. c)-Fördergebiete entlang der Grenze zu tschechischen Gebieten (welche als a)-Fördergebiete Höchstförderbedingungen erhalten) ist die Kommission nicht nachgekommen, sodass Bayern keine vorab auf europäischer Ebene ausgewiesenen Fördergebiete erhalten wird.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-569\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-569_de.htm)

### **EP VERABSCHIEDET INITIATIVBERICHT ZU KÜNFTIGEN REGIONALBEIHILFEN**

Das EP-Plenum hat am 12.06.2013 den Initiativbericht des tschechischen Berichterstatters und Vizepräsidenten des EP, *Oldřich Vlasák* (ECR), über die Regionalpolitik als Teil breiterer staatlicher Beihilferegulungen angenommen. Eine Woche vor der Annahme der Leitlinien der Kommission zu den Regionalbeihilfen (s. eigenen Bericht hierzu) äußerte es sich in weiten Teilen kritisch zu den bis dahin vorliegenden Entwürfen der Kommission. Insbesondere forderte es zur Abfederung des Fördergefälles in Grenzgebieten eine Vorabzuweisung von sog. c)-Fördergebieten für Regionen, die künftig an a)-Fördergebiete grenzen, was die ostbayerischen Grenzregionen eingeschlossen hätte. Auch müssten Investitionen großer Unternehmen auch in c)-Fördergebieten wegen ihres positiven Einflusses auf diese Regionen grundsätzlich förderfähig bleiben. Insgesamt müsse die Kommission ihre Leitlinien für die Regionalbeihilfen außerdem viel kohärenter zu den derzeit verhandelten Verordnungen über die künftigen Strukturfonds ausrichten.



Bericht des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2013-0204+0+DOC+XML+V0//DE>

### **KOMMISSION STELLT AKTIONSPLAN FÜR DEN STAHLSEKTOR VOR**

Am 11.06.2013 hat die Kommission eine Mitteilung über einen „Aktionsplan für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Stahlindustrie in Europa“ vorgelegt, mit dem die europäische Stahlbranche durch eine Vielzahl von Maßnahmen gefördert werden soll. Um die Nachfrage nach Stahl insgesamt zu erhöhen, möchte die Kommission Bürokratie abbauen, Innovationen fördern, die Ausbildung der Beschäftigten verbessern, Restrukturierungsprozesse unterstützen, Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte unterstützen und dafür sorgen, dass der Außenhandel unter fairen Bedingungen stattfindet. Zudem sollen die Rohstoffversorgung gesichert und die hohen Energiekosten angegangen werden. Die Umsetzung des Aktionsplans Stahl soll von einer hochrangigen Gruppe überwacht werden. Der Plan ist ein Teil der EU-Maßnahmen zur Reindustrialisierung Europas mit dem Ziel, die Industrieproduktion bis zum Jahr 2020 auf 20 % der europäischen Wirtschaftsleistung anzuheben.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-527\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-527_de.htm)

Mitteilung der Kommission:

[http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/metals-minerals/files/steel-action-plan\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/metals-minerals/files/steel-action-plan_de.pdf)

## **AUSSENWIRTSCHAFT**

### **RAT ERTEILT KOMMISSION MANDAT ZUR AUFNAHME VON VERHANDLUNGEN ÜBER EIN FREIHANDELSABKOMMEN MIT DEN USA**

Der Rat der Handelsminister hat der Kommission nach zähen Verhandlungen am 14.06.2013 das Mandat für die Aufnahme von Verhandlungen über ein Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen mit den USA (TTIP) erteilt. Dieses soll weit über die Abschaffung von Zöllen und nichttarifären Handelshindernissen hinausgehen und neben Regeln zur Marktöffnung für Investitionen, Dienstleistungen und öffentliche Aufträge v. a. auch die Harmonisierung von Handelsvorschriften und die Festlegung gemeinsamer Produktstandards vorsehen. Aufgrund der weitreichenden Thematik bedurfte es bei der Abstimmung eines einstimmigen Beschlusses im Rat. Auf Druck Frankreichs, das im Vorfeld bereits mit einem Veto gedroht hatte, falls Bereiche der Kultur nicht von den Verhandlungen ausgeklammert würden, sieht das Mandat nun eine Bereichsausnahme zumindest für audiovisuelle Dienste vor. Allerdings soll die Kommission auch nachträglich noch eine Erweiterung in dieser Hinsicht vorschlagen können. Der Mandatstext ist als vertraulich eingestuft und nicht öffentlich verfügbar.

Pressemitteilung des Rates (nur in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/foraff/137485.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/137485.pdf)



Pressememo der Kommission (nur in englischer Sprache):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-564\\_en.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-564_en.htm?locale=en)

## **EP NIMMT INITIATIVBERICHT ZU UMFASSENDEMER TRANSATLANTISCHER PARTNERSCHAFT AN**

Am 12.06.2013 hat das EP einen Initiativbericht von Berichterstatter *Francisco José Millán Mon* (EVP/ESP) über die Rolle der EU bei der Förderung einer umfassenden transatlantischen Partnerschaft angenommen. Neben Ausführungen zu geostrategischen Fragen, etwa der außenpolitischen Neuausrichtung der USA auf den Pazifikraum, zur internationalen Sicherheitspolitik und zu aktuellen Konflikten, begrüßt es darin auch die Ankündigung von Verhandlungen über ein Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) sowie den damit einhergehenden wirtschaftlichen Aufschwung, der über die beiden Wirtschaftsböcke EU und USA hinausgehen werde. Neben der Hervorhebung der europäisch-amerikanischen Beziehungen fordert der Bericht aber auch dazu auf, zu untersuchen, wie eine umfassendere transatlantische Zusammenarbeit mit anderen Atlantikstaaten und Organisationen in Lateinamerika und Afrika aussehen könnte.

Initiativbericht des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2013-0173+0+DOC+PDF+V0//DE>

## **ENERGIE**

### **ERGEBNISSE DES RATES DER ENERGIEMINISTER AM 07.06.2013**

Am 07.06.2013 fand die jüngste Sitzung des Rates der Energieminister statt. Dabei nahm er unter Bezugnahme auf die Ergebnisse des ER vom 22.05.2013 (EB 09/2013) Schlussfolgerungen zur Kommissionsmitteilung zum Energiebinnenmarkt vom November 2012 an. Daneben führte er eine Aussprache zur Kommissionsmitteilung über Technologien und Innovationen im Energiebereich vom 02.05.2013 (EB 08/13) und nahm einen Fortschrittsbericht der Präsidentschaft zum Thema Indirekte Landnutzungsänderung (ILUC) zur Anpassung der Kraftstoffqualitäts- und Erneuerbare-Energien-Richtlinien zur Kenntnis.

Pressemitteilung des Rates mit Verlinkung zu den Schlussfolgerungen und dem Fortschrittsbericht (ab S. 17 und 31; nur in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/trans/137408.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/trans/137408.pdf)

### **SICHERHEIT VON KERNANLAGEN – KOMMISSION SCHLÄGT VERBINDLICHE STRESSTESTS VOR**

Am 13.06.2013 hat die Kommission ihren Vorschlag für eine überarbeitete Richtlinie für die nukleare Sicherheit vorgestellt. Mit dem Vorschlag soll die Kernsicherheits-Richtlinie aus dem Jahr 2009 geändert und dabei u. a. verbindliche Überprüfungen (Stresstests) von Kernanlagen alle sechs Jahre im sog. „Peer-Review-Verfahren“ nach dem Vorbild der sog. „Stresstests“ eingeführt werden. Dabei wird im Rahmen eines neuen Überprüfungsmechanismus die Sicherheit kerntechnischer Anlagen alle sechs Jahre – am grünen Tisch



anhand der nationalen Überwachungsergebnisse – durch multinationale Teams unter Beteiligung der Kommission überprüft (s. Beitrag des StMUG in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-532\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-532_de.htm)

## VERKEHR

### ERGEBNISSE DES RATES DER VERKEHRSMINISTER AM 10.06.2013

Am 10.06.2013 fand die jüngste Sitzung des Rates der Verkehrsminister statt. Neben einer allgemeinen Ausrichtung zur Interoperabilitätsrichtlinie (s. hierzu gesonderten Beitrag) erzielte er u. a. eine allgemeine Ausrichtung zu den verbleibenden beiden Dossiers des Verkehrssicherheitspakets (Verordnungsvorschlag zur technischen Unterwegskontrolle von Nutzfahrzeugen und Richtlinienänderung über Zulassungsdokumente für Fahrzeuge), und nahm einen Sachstandsbericht zur derzeit verhandelten Verordnung zur Connecting Europe Facility (CEF) zur Kenntnis. Daneben ermächtigten die Minister die EU zur Unterzeichnung des Verkehrsprotokolls zur Alpenkonvention von 2007 mit Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Monaco, Slowenien und der Schweiz.

Pressemitteilung des Rates mit Verlinkung zu den allgemeinen Ausrichtungen und dem CEF-Sachstandsbericht (ab S. 21 und 32; nur in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/trans/137408.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/trans/137408.pdf)

### ALLGEMEINE AUSRICHTUNG DES RATES ZUR INTEROPERABILITÄTSRICHTLINIE DES VIERTEN EISENBAHNPAKETS

Am 10.06.2013 hat der Rat der Verkehrsminister eine allgemeine Ausrichtung in Bezug auf die Neufassung der Interoperabilitätsrichtlinie von 2008 im Rahmen des von der Kommission im Januar 2013 vorgeschlagenen Vierten Eisenbahnpakets erzielt. Der Rat begrüßte dabei die generellen Ziele des Vorschlags, administrative, technische und operationelle Standards für die Interoperabilität eines einheitlichen europäischen Eisenbahnsystems festzulegen, das Genehmigungsverfahren für Eisenbahnfahrzeuge effizienter zu gestalten sowie die Rolle der Europäischen Eisenbahnagentur (ERA) grundsätzlich zu stärken. Er nahm jedoch auch zahlreiche Änderungen vor und relativierte insbesondere die für die ERA vorgesehene Rolle, als alleiniger „one stop shop“ gegenüber Antragstellern beim Zulassungsverfahren zu fungieren.

Pressemitteilung des Rates (S. 21; nur in englischer Sprache) :

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/trans/137408.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/trans/137408.pdf)

### KOMMISSION MAHNT DEUTSCHLAND ZUR UMSETZUNG DES ERSTEN EISENBAHNPAKETS UND DROHT MIT KLAGE VOR DEM EUGH

Wie die Kommission am 20.06.2013 mitgeteilt hat, ist sie im Rahmen des im Dezember 2012 gegen Deutschland eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahrens wegen unzureichender Umsetzung des ersten Eisenbahnpakets zu der Ansicht gelangt, dass es die EU-Vorschriften über die getrennte Rechnungsführung



von Eisenbahninfrastruktur- und Eisenbahnverkehrsunternehmen sowie über die Verwendung von Trassenentgelten bislang nicht hinreichend umgesetzt hat. Dies betreffe Gewinnabführungsverträge der Deutschen Bahn Holding mit ihren Tochtergesellschaften, zu denen auch Verkehrsunternehmen wie die DB Regio, DB Station & Service und die DB Energie zählten. Das Verbot der Übertragung öffentlicher Mittel vom Infrastrukturbetrieb auf die Verkehrsleistungssparte (oder umgekehrt) werde hier missachtet. Deutschland hat nun zwei Monate Zeit, auf die mit Gründen versehene Stellungnahme zu reagieren. Werden den Aufforderungen der Kommission nicht nachgekommen, werde sie eine Klage vor dem EuGH in Erwägung ziehen. In einem ähnlichen Verfahren hatte der EuGH die Klage gegen Deutschland im Februar zuletzt abgewiesen (EB 04/2013).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-556\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-556_de.htm?locale=en)

### **„SES 2+“ – NEUES KOMMISSIONSPAKET ZUM EINHEITLICHEN EUROPÄISCHEN LUFTRAUM**

Die Kommission hat am 11.06.2013 ihr mittlerweile drittes Maßnahmenpaket zur europäischen Initiative „Single European Sky“ (SES) vorgelegt. Sie knüpft dabei an die SES I und II-Maßnahmen von 2004 bzw. 2009 an und beklagt, dass die Mitgliedstaaten den darin gesteckten Zielen zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraums bislang nicht ausreichend näher gekommen seien. Die neuen Vorschläge sollen zum einen wieder Schwung in den Prozess bringen und v. a. die Reform der europäischen Flugverkehrskontrolldienste beschleunigen. Zum anderen werden die bisherigen Vorschriften neu strukturiert, um mehr Rechtsklarheit bei der Kompetenzverteilung und mehr Kohärenz des SES-Rechtsrahmens insgesamt zu gewährleisten. Die Vollendung des SES sieht die Kommission als elementare Voraussetzung für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Luftverkehrssystems an.

Pressemitteilung mit Verlinkung der Vorschläge:

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/kallas/headlines/news/2013/06/sesplus2\\_en.htm](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/kallas/headlines/news/2013/06/sesplus2_en.htm)

### **KOMMISSION LEGT VORSCHLÄGE ZUR EINFÜHRUNG EINES EUROPAAWEITEN ECALL-SYSTEMS IM STRASSENVERKEHR VOR**

Die Kommission hat am 13.06.2013 zwei Legislativvorschläge zur Einführung eines europaweit interoperablen eCall-Systems im Straßenverkehr veröffentlicht. Die Verordnung über Anforderungen für die Typgenehmigung zur Einführung des bordeigenen eCall-Systems in Fahrzeugen und zur Änderung von Richtlinie 2007/46/EG sieht vor, dass ab Oktober 2015 alle neuen Modelle von Pkw und leichten Nutzfahrzeugen mit einem automatischen Notruf-System ausgerüstet werden. Das eCall-System wählt bei einem schweren Unfall automatisch die einheitliche Notfallnummer 112 und übermittelt den Standort des Fahrzeugs an die Notfalldienste. Damit letztere europaweit interoperabel ausgestaltet werden und die erforderliche Infrastruktur für Empfang und Abwicklung von eCall-Notrufen geschaffen wird, hat die Kommission einen entsprechenden Beschluss vorgeschlagen. Nachdem der Aufruf der Kommission, eCall auf freiwilliger Basis bis 2009



einzuführen, ergebnislos geblieben sei, sollen die Mitgliedstaaten nun zur Einführung des Systems verpflichtet werden (s. auch Beitrag des StMI in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-534\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-534_de.htm)

## EP NIMMIT INITIATIVBERICHT FÜR EIN EUROPÄISCHES MAUTSYSTEM AN

Am 11.06.2013 hat das EP-Plenum einen Initiativbericht von Berichterstatter *Jim Higgins* (EVP/IRL) über eine Strategie für einen europäischen elektronischen Mautdienst und ein Vignettensystem für leichte Privatfahrzeuge in Europa angenommen. Darin zeigt sich das EP enttäuscht über die bisher erzielten Fortschritte bei der Einrichtung eines europäischen Mautsystems, fordert Kommission und Mitgliedstaaten auf, sich hierfür stärker zu engagieren und gibt Empfehlungen für die Einführung eines interoperablen Mautsystems ab. Dabei müsse insbesondere auf die besondere Situation in Grenzgebieten rücksichtgenommen werden.

Initiativbericht des EP :

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2013-0142+0+DOC+PDF+V0//DE>

Pressemitteilung des EP (nur in englischer Sprache) :

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20130607IPR11351/html/Action-needed-to-speed-up-implementation-of-the-EU-wide-toll-system-say-MEPs>

## TECHNOLOGIE UND INNOVATION

### SONDERBERICHT DES EURH ZUM 7. FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 07.06.2013 einen Sonderbericht veröffentlicht, der sich mit der effizienten Durchführung des in diesem Jahr auslaufenden 7. Forschungsrahmenprogramms (FRP) durch die Kommission auseinandersetzt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Anwendung der Beteiligungsregeln, die Straffung der Abläufe und die Implementierung neuer Instrumente. Der EuRH stellt rückblickend auf die letzten sechs Jahre eine Reihe von Verbesserungen und Vereinfachungen fest. Trotzdem seien Forscher noch mit Widersprüchlichkeiten in Bezug auf Beteiligungsregeln konfrontiert und trotz teils überflüssiger Personalressourcen verkürze sich die Antragsbearbeitungszeit nur langsam. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass das FRP in Forschungsarbeiten von hoher Qualität investiere, dabei aber die Effizienz in den Hintergrund trete (s. dazu Beitrag des StMWFK in diesem EB).

Sonderbericht:

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/22594784.PDF>



## SONSTIGES

### **EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK (EIB) STELLT FINANZHILFEN ZUR BEWÄLTIGUNG DER HOCHWASSERSCHÄDEN IN AUSSICHT**

Die EIB hat am 12.06.2013 signalisiert, finanzielle Hilfen zur Bewältigung der aktuellen Hochwasserschäden in Europa zur Verfügung zu stellen. Der Präsident der EIB, *Werner Hoyer*, hat dies den Regierungschefs der vom Hochwasser betroffenen Mitgliedstaaten (Deutschland, Österreich, Slowakei, Tschechien und Ungarn) bereits mitgeteilt. Die EIB prüft derzeit, wie sie dringende Wiederaufbauprogramme auf lokaler und regionaler Ebene unterstützen sowie Hilfe zum präventiven Ausbau von Dämmen gegen künftige Hochwasser leisten kann. Beim Hochwasser im Jahr 2002 hatte die EIB insgesamt Hilfskredite im Gesamtvolumen von 1 Mrd. € bewilligt (s. dazu Beitrag des StMF in diesem EB).

Pressemitteilung der EIB:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_BEI-13-85\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_BEI-13-85_de.htm)

### **KOMMISSION SCHLÄGT RICHTLINIE FÜR SCHADENSERSATZKLAGEN IM FALL VON KARTELLRECHTSVERSTÖSSEN VOR**

Die Kommission hat am 11.06.2013 einen „Vorschlag für eine Richtlinie über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen nach einzelstaatlichem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union“ vorgelegt. Parallel veröffentlichte sie eine Mitteilung zur Ermittlung des Schadensumfangs im Rahmen von Schadensersatzklagen bei Zuwiderhandlungen gegen Wettbewerbsrecht, die den Gerichten und den Parteien von Schadensersatzklagen eine Orientierungshilfe geben soll. Der Richtlinienvorschlag wird nun im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren behandelt. Nach Inkrafttreten hätten die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, diese Regelungen umzusetzen (s. dazu Beitrag des StMJV in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-525\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-525_de.htm)

### **KOMMISSIONSMITTEILUNG „GEMEINSAM FÜR DIE JUGEND EUROPAS – EIN APPELL ZUR BEKÄMPFUNG DER JUGENDARBEITSLOSIGKEIT“**

Zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 27./28.06.2013 hat die Kommission am 19.06.2013 Vorschläge vorgestellt, die dazu beitragen sollen, dass mehr Menschen in der EU einen Arbeitsplatz finden, Unternehmen Neueinstellungen und Investitionen vornehmen und Banken Darlehen an die Realwirtschaft vergeben. In der Mitteilung „Gemeinsam für die Jugend Europas – Ein Appell zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“, stellt die Kommission die aus ihrer Sicht vordringlichen konkreten Maßnahmen vor, um junge Menschen schnell in Beschäftigung oder Ausbildung zu bringen (s. dazu Beitrag des StMAS in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission :



<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&furtherNews=yes&langId=en&newsId=1924>

## **EP FASST ENTSCHEIDUNG ZU SOZIALINVESTITIONSPAKET FÜR WACHSTUM UND SOZIALEN ZUSAMMENHALT**

In seiner Entschließung zum Sozialinvestitionspaket der Kommission vom 12.06.2013 begrüßt das EP (Berichterstatterin *Pervenche Berès*, S&D/FRA) dieses als notwendige Verbindung zwischen einzelstaatlichen sozialpolitischen Maßnahmen, dem Europäischen Semester und den Mitteln aus den Kohäsionsfonds der EU. Das EP fordert die Kommission u. a. auf, die Entwicklung eines Anzeigers mit Indikatoren für Sozialinvestitionen in Betracht zu ziehen und unterstützt sie in ihrer Forderung, mindestens 25 % der Kohäsionsmittel für den ESF in der künftigen Förderperiode vorzusehen (s. dazu Beitrag des StMAS in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission :

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0266+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **EMISSIONSHANDEL – KONSULTATION ZUR LISTE DER ENERGIEINTENSIVEN INDUSTRIESEKTOREN (CARBON LEAKAGE)**

Am 06.06.2012 hat die Kommission eine Online-Befragung zur künftigen Gestaltung der Liste der sog. „energieintensiven Sektoren im Rahmen des Emissionshandels (ETS)“ veröffentlicht. Die Kommission ist verpflichtet, alle fünf Jahre die befreiten Sektoren und die zugrundeliegenden Benchmark-Kriterien zu überprüfen. Bis zum 30.08.2013 sind alle interessierten Kreise aufgerufen, ihre Beiträge zur Sektoren-Liste (2015 - 2019) einzubringen und sich an der Konsultation zu beteiligen (s. dazu Beitrag des StMUG in diesem EB).

Zum Fragebogen:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=leakage>

Studie von Ecosys zur Gestaltung der Liste 2015 – 2019:

[http://ec.europa.eu/clima/policies/ets/cap/leakage/docs/carbon\\_leakage\\_list\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/clima/policies/ets/cap/leakage/docs/carbon_leakage_list_en.pdf)

## **STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN**

---

### **GAP-REFORM: EP-AGRARAUSSCHUSS ZUM STAND DER VERHANDLUNGEN UND ZUM WEITEREN ZEITPLAN**

Am 19.06.2013 haben die Berichterstatter für die GAP-Verordnungen im EP-Agrarausschuss (COMAGRI) Rückmeldung zum Stand der Triloggespräche gegeben. Alle Berichterstatter sprachen von Fortschritten in den Verhandlungen. Es gebe aber auch noch wichtige Themen, bei denen man unterschiedlicher Auffassung



sei. Große Hoffnungen wurden in die Triloggespräche am 20.06.2013 gesetzt. Danach werden die COMAGRI-Abgeordneten darüber entscheiden, ob das EP-Verhandlungsteam am Montag, 24.06.2013, zum Agrarrat nach Luxemburg reist, um dort im Gespräch mit dem Rat und Agrarkommissar *Cioloş* einen Kompromiss zur GAP-Reform zu erreichen. Der Rat könnte anschließend sein Verhandlungsmandat (Allgemeine Ausrichtung des Rates vom 19.03.2013) an diesen Kompromiss anpassen. Abgeordnete aller Fraktionen stellten klar, dass das EP dem Kompromiss erst zustimmen könne, wenn die Verhandlungsführer von ihren Fraktionen Zustimmung erhalten und anschließend auch der COMAGRI der entsprechenden Anpassung des EP-Verhandlungsmandats zustimme. Erst nach diesen Schritten, die in Brüssel und nicht in Luxemburg beim Rat stattfinden müssten, könne eine Einigung verkündet werden. Wie die irische Ratspräsidentschaft und die Kommission streben auch die Abgeordneten des COMAGRI weiterhin eine politische Einigung zur GAP-Reform bis Ende Juni 2013 (Ende der irischen Ratspräsidentschaft) an. Einige Abgeordnete wiesen jedoch auch darauf hin, dass sie sich zeitlich nicht unter Druck setzen lassen wollen. Auch der enge Zusammenhang einer Einigung bei der GAP-Reform mit der Einigung zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 (MFR) wurde betont.

#### **VERHANDLUNGEN ÜBER DEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 – 2020 (MFR) – SACHSTAND**

Am 19.06.2013 wurde die vorerst letzte Trilogsitzung zwischen Rat, EP und Kommission zum MFR 2014 – 2020 beendet. Die irische Ratspräsidentschaft und die Kommission teilten übereinstimmend mit, dass es eine Einigung gab. Es habe Zugeständnisse des Rates bei den zentralen Forderungen des EP gegeben: Flexibilität, Halbzeitüberprüfung, Zeitplan für die Einführung neuer Eigenmittel und Einheit des EU-Haushalts. Die Zahlen des Finanzrahmens inklusive der Finanzausstattung für die GAP (Rubrik 2) bleiben gegenüber dem Kompromiss des Europäischen Rates (ER) vom 07./08.02.2013 unverändert (EB 03/13). MdEP *Böge*, ständiger Berichterstatter zum MFR und Mitglied des Verhandlungsteams des EP, bestritt jedoch, dass es zu einer Einigung gekommen sei. Die Darstellung der irischen Ratspräsidentschaft über eine angebliche Einigung sei eine Manipulation. Das Verhandlungsteam des EP habe lediglich beschlossen, die Verhandlungen nicht weiter fortzuführen und die Texte dem Plenum des EP vorzulegen. Das Verhandlungsteam als Ganzes sehe sich jedoch nicht in der Lage, das von der irischen Ratspräsidentschaft als Kompromiss dargestellte Ergebnis zu verteidigen. MdEP *Böge* ist vor diesem Hintergrund als Berichterstatter zum MFR zurückgetreten. Einer möglichen Abstimmung im Plenum des EP wolle er nicht im Wege stehen. Die irische Ratspräsidentschaft hat nach der letzten Trilogsitzung angekündigt, dem Rat für Allgemeine Angelegenheiten in seiner Sitzung am 25.06.2013 zu empfehlen, das Trilogergebnis anzunehmen (Einstimmigkeitsprinzip). Ob der Rat für Allgemeine Angelegenheiten den vermeintlichen Kompromiss nach dem geschilderten Eklat annehmen wird, ist noch unklar. Daneben müsste der Kompromiss auch vom EP gebilligt werden. Notwendig ist die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des EP. Das EP wird sich im Plenum mit dem Finanzrahmen voraussichtlich in der Juli-Sitzung befassen (01. - 04.07.2013) (s. Beitrag des StMF in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-592\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-592_en.htm)



Videoaufzeichnung des Statements der irischen Ratspräsidentschaft:

<http://ec.europa.eu/avservices/video/player.cfm?ref=I079677>

### **EP-ENTSCHLIESSUNG ZUR KÜRZUNG DER DIREKTZAHLUNGEN FÜR DAS KALENDERJAHR 2013**

Am 12.06.2013 nahm das EP-Plenum einen Bericht von *Luis Manuel Capoulas Santos* (S&D/PRT) zur Kürzung der Direktzahlungen für das Kalenderjahr 2013 mit 506 zu 147 Stimmen (bei 28 Enthaltungen) an. Darin lehnen die Abgeordneten die von der Kommission am 28.03.2013 im Rahmen der Haushaltsdisziplin vorgeschlagene Kürzung der Direktzahlungen für das Kalenderjahr 2013 um 4,98 % (EB 06/13) ab. Die Kommission war dabei von den Haushaltszahlen der ER-Beschlüsse vom 08.02.2013 zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014 - 2020 ausgegangen (EB 03/13). Die Abgeordneten schlagen stattdessen eine Kürzung von 0,75 % vor, welche auf dem MFR-Entwurf der Kommission vom 29.06.2011 bzw. 06.07.2012 (EB 14/12) basiert. Einer Kürzung der Direktzahlungen in der vorgeschlagenen Höhe könne nicht zustimmt werden, solange die Verhandlungen zum MFR noch nicht vollständig abgeschlossen seien, so das EP. Außerdem unterstützt das EP den Kommissionsvorschlag, nachdem die ersten 5.000 € eines Betriebes von Kürzungen ausgenommen werden. Zudem sollen nach dem Willen des EP auch Regionen in äußerster Randlage und kleinere ägäische Inseln von den Kürzungen ausgenommen bleiben. Die vom EP geforderte Untergrenze von 5.000 € steht im Widerspruch zur Haltung der Mitgliedstaaten, die sich für die GAP-Reform (Allgemeine Ausrichtung vom 19.03.2013, EB 06/13) auf eine Untergrenze von 2.000 € geeinigt hatten. Sollte es bis zum 30.06.2013 keine Einigung zwischen Rat und EP geben, ist die Kommission berechtigt, selbst über den Anpassungssatz für die Direktzahlungen zu entscheiden. Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, dass die Kommission wahrscheinlich im Oktober 2013 den Kürzungssatz überprüfen und ggf. anpassen wird.

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc>.

### **RAT ERTEILT KOMMISSION MANDAT ZUR AUFNAHME VON VERHANDLUNGEN ÜBER TTIP MIT DEN USA**

Der Rat der Handelsminister hat der Kommission nach zähen Verhandlungen am Abend des 14.06.2013 das Mandat für die Aufnahme von Verhandlungen für ein Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen mit den USA (TTIP) erteilt (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB). Dieses soll weit über die Abschaffung von Zöllen und nichttarifären Handelshindernissen hinausgehen und neben Regeln zur Marktöffnung für Investitionen, Dienstleistungen und öffentliche Aufträge v. a. auch die Harmonisierung von Handelsvorschriften und die Festlegung gemeinsamer Produktstandards vorsehen. Aufgrund der weitreichenden Thematik bedurfte es bei der Abstimmung eines einstimmigen Beschlusses im Rat. Auf Druck Frankreichs, das im Vorfeld bereits mit einem Veto gedroht hatte, sollten Bereiche der Kultur nicht von den Verhandlungen ausgeklammert werden, sieht das Mandat nun eine Bereichsausnahme zumindest für audiovisuelle Dienste vor. Allerdings soll die Kommission auch nachträglich noch eine Erweiterung in dieser Hinsicht vorschlagen können. Für die europäische Landwirtschaft eröffne ein Freihandelsabkommen



vielversprechende Möglichkeiten und man werde sicherstellen, die europäischen Interessen zu verteidigen, so die Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung am Abend des 14.06.2013. Es werden jedoch insbesondere für diesen Bereich harte Verhandlungen erwartet, da die Landwirtschaft, gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen sowie unterschiedliche rechtliche Standards als die großen Hürden im Rahmen der Freihandelsgespräche gelten.

Pressemitteilung des Rates nur in englischer Sprache:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/foraff/137485.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/137485.pdf)

Pressememo der Kommission nur in englischer Sprache:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-564\\_en.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-564_en.htm?locale=en)

### **JPI WATER VERÖFFENTLICHT ERSTE VERSION IHRER FORSCHUNGS- UND INNOVATIONSAGENDA**

Die Initiative für die Gemeinsame Programmplanung (Joint Programming Initiative, JPI) „Water Challenges for a Changing World“ hat am 30.05.2013 die erste Version ihrer Forschungs- und Innovationsagenda angenommen. Sie definiert damit strategische Prioritäten für transdisziplinäre und innovative europäische Forschung im Bereich Wasser. Auf Grundlage dieser Agenda werden nationale und regionale Forschungsprogramme im Wasserbereich sowie die Entwicklung und Durchführung gemeinsamer Aktivitäten koordiniert (s. Beitrag des StMWFK in diesem EB).

Forschungs- und Innovationsagenda (in Englisch):

<http://www.waterjpi.eu/images/documents/Water%20JPI%20SRIA%200%205.pdf>

Zur JPI „Water Challenges for a Changing World“ allgemein:

<http://www.waterjpi.eu/>

## **STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALORDNUNG, FAMILIE UND FRAUEN**

---

### **KOMMISSIONSMITTEILUNG „GEMEINSAM FÜR DIE JUGEND EUROPAS – EIN APPELL ZUR BEKÄMPFUNG DER JUGENDARBEITSLOSIGKEIT“**

Zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 27./28.06.2013 hat die Kommission am 19.06.2013 drei Beiträge angenommen, die dazu beitragen sollen, dass mehr Menschen in der EU einen Arbeitsplatz finden, Unternehmen Neueinstellungen und Investitionen vornehmen und Banken Darlehen an die Realwirtschaft vergeben. In einem dieser Beiträge, der Mitteilung „Gemeinsam für die Jugend Europas – Ein Appell zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“, stellt die Kommission die aus ihrer Sicht vordringlichen konkreten Maßnahmen vor, um junge Menschen schnell in Beschäftigung oder Ausbildung zu bringen.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&furtherNews=yes&langId=en&newsId=1924>



## **BESCHLUSSVORSCHLAG DER KOMMISSION ZU BESSERER ZUSAMMENARBEIT DER ÖFFENTLICHEN ARBEITSVERWALTUNGEN**

Die Kommission möchte die Effizienz der öffentlichen Arbeitsverwaltungen mit einem am 17.06.2013 vorgelegten Beschlussvorschlag verbessern. Der Vorschlag zur stärkeren Kooperation von öffentlichen Arbeitsverwaltungen bezweckt ein EU-weites Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen ab 01.01.2014, das v. a. dazu dienen soll, die arbeitslosen Menschen in der EU besser bei der Arbeitsplatzsuche zu unterstützen. Dazu sollen im Rahmen einer Plattform u. a. auf der Grundlage von quantitativen und qualitativen Indikatoren europaweite Bewertungssysteme entwickelt und eingerichtet werden, um die Leistungen der öffentlichen Arbeitsverwaltungen vergleichen zu können. Außerdem sollen z. B. gute Verfahrensweisen kenntlich gemacht, gegenseitiges Lernen gefördert und Berichte im Bereich Beschäftigung vorbereitet werden. Außerdem soll zur Umsetzung von Initiativen in diesem Bereich beigetragen sowie ein Jahresprogramm vorgelegt werden. Zum Teil sind Berichtspflichten vorgesehen.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=105&newsId=1918&furtherNews=yes>

## **PARLAMENTARISCHER ABEND ZUR ALTERSVORSORGE IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG AM 18.06.2013**

Die Zukunft der Altersvorsorge in den Mitgliedstaaten der EU stand im Mittelpunkt des Parlamentarischen Abends, zu dem die Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten *Emilia Müller* gemeinsam mit dem Hauptgeschäftsführer der vbw (Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.) *Bertram Brossardt* am 18.6.2013 eingeladen hatten. Staatsministerin *Müller* wies u. a. auf die Bedeutung der Fragestellung vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung in der EU, verschärft durch die andauernde Krise hin. Sie betonte die Bedeutung des Austausches in Europa, aber auch die Kompetenzen der Mitgliedstaaten in diesem Bereich. Außerdem verwies sie auf die Bedeutung von Arbeitsplätzen für eine nachhaltige Altersvorsorge.

## **EP FASST ENTSCHEIDUNG ZU SOZIALINVESTITIONSPAKET FÜR WACHSTUM UND SOZIALEN ZUSAMMENHALT**

In seiner Entschließung zum Sozialinvestitionspaket vom 12.06.2013 (Berichterstatte(r)in MdEP *Pervenche Berès*, S&D/FRA) begrüßt das EP diesen Kommissionsvorschlag als notwendige Verbindung zwischen einzelstaatlichen sozialpolitischen Maßnahmen, dem Europäischen Semester und den Mitteln aus den Kohäsionsfonds der EU. Das EP fordert die Kommission u. a. auf, die Entwicklung eines Anzeigers mit Indikatoren für Sozialinvestitionen in Betracht zu ziehen und unterstützt die Kommission in ihrer Forderung, mindestens 25 % der Kohäsionsmittel für den ESF in der künftigen Förderperiode vorzusehen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0266+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>



## **EP: ERSTE LESUNG DES VERORDNUNGSVORSCHLAGS ZUM HILFSFONDS FÜR DIE AM STÄRKSTEN VON ARMUT BETROFFENEN PERSONEN**

Das EP hat am 12.06.2013 im Rahmen der ersten Lesung Änderungen zum Verordnungsvorschlag für einen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen angenommen (513 Ja-Stimmen, 149 Gegenstimmen, 27 Enthaltungen). Vor allem sprach sich das EP dafür aus, dass der Hilfsfonds mit mindestens 3,5 Mrd. € und nicht 2,5 Mrd. €, wie von der Kommission vorgeschlagen, ausgestattet sein soll. Damit würde die aktuelle Ausstattung für das Nahrungsmittelhilfeprogramm, das der Fonds ab 2014 ablösen soll, bei-behalten. Die Berichterstatterin MdEP *Emer Costello* (S&D/IRL) bezeichnete diesen Fonds als einen konkreten Ausdruck der Solidarität in Europa mit den schwächsten Bevölkerungsgruppen. Die Mehrheit der Abgeordneten stimmte für eine verpflichtende Beteiligung der Mitgliedstaaten an dem Fonds. Außerdem wird eine Kofinanzierung durch die EU von regel-mäßig 85 % - und nicht maximal 85 % wie von der Kommission vorgesehen – vorgeschlagen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0257+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **EP: LEGISLATIVE ENTSCHEIDUNG ZUM RICHTLINIENVORSCHLAG ÜBER MINDESTVORSCHRIFTEN ZUM SCHUTZ VON SICHERHEIT UND GESUNDHEIT DER ARBEITNEHMER VOR DER GEFÄHRDUNG DURCH PHYSIKALISCHE EINWIRKUNGEN (ELEKTROMAGNETISCHE FELDER)**

Das EP nahm am 11.06.2013 mit großer Mehrheit (594 Ja-Stimmen, 38 Gegenstimmen und 40 Enthaltungen) eine legislative Entschließung zum Richtlinienvorschlag zu elektromagnetischen Feldern an. Diese Entschließung unterstreicht nach den Worten der Berichterstatterin MdEP *Elisabeth Morin-Chartier* (EVP/FRA) die Verantwortung des Arbeitgebers bei der Bewertung der Risiken für Arbeitnehmer durch elektromagnetische Felder und dessen Verpflichtung zur Reduzierung dieser Risiken. Die Berichterstatterin wies außerdem darauf hin, dass sie die Kommission aufgefordert habe, nicht nur auf die kurzfristigen direkten und indirekten Auswirkungen zu achten, sondern auch die langfristigen Auswirkungen in Betracht zu ziehen und ggf. einen neuen Rechtsakt zu prüfen. Dieser Richtlinienvorschlag dient dem Schutz der Arbeitnehmer, die elektromagnetischen Felder ausgesetzt sind und soll die bestehende Richtlinie 2004/40/EG ersetzen. U. a. sind Ausnahmen vorgesehen, die den Einsatz von Magnetresonanz (MRI) in der Medizin ermöglichen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0243+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **EP: ENTSCHEIDUNGSANTRAG ZUR BEKÄMPFUNG DER JUGENDARBEITSLOSIGKEIT**

Das EP hat am 12.06.2013 zur Vorbereitung des Europäischen Rates am 27./28.06.2013 einen Entschließungsantrag zu Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit verabschiedet. Darin fordert es u. a. den Europäischen Rat und die Kommission auf, die Anstrengungen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu verstärken und betont, dass es den Fortschritt dabei aufmerksam verfolgen und



begleiten wird. Das EP spricht sich auch für einen Fortschrittsanzeiger mit gemeinsamen Indikatoren für Sozialinvestitionen, v. a. bezüglich Jugendarbeitslosigkeit aus.

### **EP: ENTSCHEIDUNG ÜBER AUSBILDUNGSBEZOGENE UND BERUFLICHE MOBILITÄT VON FRAUEN IN DER EU**

In der am 11.06.2013 angenommenen Entschließung betont das EP u. a. die Bedeutung der ausbildungsbezogenen und beruflichen Mobilität von Frauen zur Verwirklichung des Beschäftigungsziels der Strategie Europa 2020 von 75 %. Hintergrund der Entschließung sind die deutlichen geschlechtsspezifischen Unterschiede in der EU bezüglich Mobilität. Nach Ansicht der Berichterstatterin MdEP *Licia Ronzulli* (EVP/ITA) gibt es für weibliche Arbeitskräfte immer noch zu viele Mobilitätshindernisse, da mit einem Arbeitsplatzwechsel häufig große Veränderungen für das ganze Leben verbunden seien, was gerade für Frauen eine schwierige Entscheidung sein könne.

<http://www.eppgroup.eu/de/press-release/Gender-equality%3A-fighting-barriers-to-women's-mobility>

### **PILOTPROJEKT DER KOMMISSION FÜR GEHÖRLOSE**

Die Kommission hat am 6.6.2013 ein Projekt für Gehörlose auf den Weg gebracht, das fast einer Million gehörloser oder schwerhöriger EU-Bürger die direkte Kommunikation mit allen EU-Institutionen ermöglichen soll. Mit einem Budget von 750.000 € werden Audio- und Videoanlagen in den Organen und Einrichtungen der EU eingerichtet.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-511\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-511_de.htm)

### **JURI-AUSSCHUSS STIMMT ÜBER RECHTSGRUNDLAGE ZUR FRAUENQUOTE AB**

Nachdem der JURI-Ausschuss am 30.05.2013 abermals nicht über die Frage der Rechtmäßigkeit der von der Kommission gewählten Rechtsgrundlage für den „Richtlinienvorschlag für eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaftern“ abgestimmt hatte, konnte dies nun im dritten Ablauf nachgeholt werden. Mit vier Enthaltungen und bei sechs ablehnenden Stimmen wurde der Vorschlag der Berichterstatterin *Evelyn Regner* (S&D/AUT), Art. 157 Abs. 3 AEUV als tragfähige Rechtsgrundlage anzusehen, mit 11 positiven Voten angenommen. Ein Teil der Anwesenden quittierte das Abstimmungsergebnis mit spontanem Applaus. Trotz des positiven Votums sind die Erfolgsaussichten des Kommissionsvorschlag zweifelhaft, da durch die ablehnende Haltung der Bundesregierung (EB 06/13) im Rat eine Sperrminorität gegen den Vorschlag vorhanden ist (s. hierzu Beitrag des StMJV in diesem EB).

Richtlinienvorschlag der Kommission vom 14.11.2012:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0614:FIN:de:PDF>

Urteil des EuGH vom 11.11.2010 (C-232/09)

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:62009CJ0232:DE:HTML>



## EP GIBT GRÜNES LICHT FÜR NEUEN KROATISCHEN VERBRAUCHERSCHUTZKOMMISSAR

Wie erwartet (EB 10/13) hat das EP-Plenum am 12.06.2013 in Straßburg für die Ernennung des designierten kroatischen Verbraucherschutzkommissar *Neven Mimica* gestimmt. Nachdem der Koordinator der EVP-Fraktion im IMCO *Andreas Schwab* (EVP/DEU) sich nach der Anhörung am 04.06.2013 noch reserviert gezeigt hatte, äußerte er sich nach Erhalt eines Briefes von Herrn *Mimica* an den Vorsitzenden des IMCO-Ausschusses *Malcom Harbour* (ECR/GBR), in dem er noch auf einige Punkte ergänzend eingegangen war, positiv. Wenn der Rat nun voraussichtlich am 28.06.2013 ebenfalls sein voraussichtlich positives Votum erteilt, kann *Neven Mimica* am 01.07.2013 sein neues Amt als Verbraucherschutzkommissar antreten (s. hierzu Beitrag des StMJV in diesem EB).

Brief des designierten Kommissars *Mimica* vom 07.06.2013:

<https://docs.google.com/file/d/0BwmJMoQfzOFFWUotMkpDbTQ4Z3M/edit?usp=sharing&pli=1>

## STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

---

### KÜNFTIGES BILDUNGS-, JUGEND- UND SPORTPROGRAMM: EINIGUNG IM INFORMELLEN TRILOG ALS WICHTIGER ZWISCHENSCHRITT

Beim letzten informellen Trilog am 17.06.2013 zum künftigen Bildungs-, Jugend- und Sportprogramm konnten sich die Verhandlungspartner aus dem Europäischen Parlament (EP), dem Rat und der Kommission zu den noch offenen Fragen auf Kompromisse einigen. Demnach soll das künftige Programm nun den Dachnamen „Erasmus+“ tragen. Das neue Instrument der Darlehensgarantiefazilität für Masterstudierende soll auf Kosten des Budgets für allgemeine und berufliche Bildung eine bessere Ausstattung erhalten. Der Streit um die richtigen Instrumente zur Implementierung des künftigen Programms wurde im Wesentlichen zugunsten der Ratsposition gelöst, der sich für Durchführungsrechtsakte des künftigen Programmausschusses ausgesprochen hatte. Kleinere Kompromisse betreffen u.a. die genaueren Bestimmungen für Drittstaatenprogrammteile. Die Kompromisse werden nun den Mitgliedstaaten auf Botschaferebene zur Billigung vorgelegt. Bei einem ersten Meinungsbild zeigte sich bereits, dass eine nicht unerhebliche Zahl von Mitgliedstaaten die Erhöhung der Ausstattungssumme für die Darlehensgarantiefazilität ablehnt. Die eigentliche Beschlussfassung auf Botschaferebene ist für den 26.06.2013 vorgesehen. Auch der offizielle Standpunkt des EP steht noch aus; wenn dieser gefasst ist und der Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) angenommen wurde, wird die Verordnung dem Rat der Europäischen Union zur endgültigen Annahme vorgelegt.



## **KOMMISSION APPELLIERT AN MITGLIEDSTAATEN ZUR GEMEINSAMEN BEKÄMPFUNG DER JUGENDARBEITSLOSIGKEIT**

Zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 27./28.06.2013 hat die Kommission am 19.06.2013 die Mitteilung „Gemeinsam für die Jugend Europas – Ein Appell zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ angenommen. In diesem Dokument fasst sie die aus ihrer Sicht vordringlichsten Maßnahmen für eine möglichst umgehende Verbesserung der Situation junger arbeitsloser Menschen in Europa zusammen; diese weisen vielfältige bildungspolitische Bezüge auf. Konkret werden in der Mitteilung in den letzten Monaten angestoßene Maßnahmen auf EU-Ebene aufgegriffen, zu deren rascher Umsetzung die europäischen Institutionen und die Mitgliedstaaten nachdrücklich aufgefordert werden. Hierzu gehören u.a. die Implementierung der vom Rat im April 2013 angenommenen Jugendgarantie in den Mitgliedstaaten (EB 05/13), die dezidierte Ausrichtung des Europäischen Sozialfonds (ESF) auf die Unterstützung junger Arbeitsloser, eine möglichst frühzeitige Umsetzung der Jugendbeschäftigungsinitiative (EB 22/12) sowie die Erleichterung des Übergangs von Bildungsangeboten in den Arbeitsmarkt, auch durch die Umsetzung der EU-Ausbildungsallianz (EB 21/12) und die Annahme eines Qualitätsrahmens für Praktika. Nachdrücklich weist die Kommission auf die Bedeutung einer Ausbildung hin, die den Erfordernissen des Arbeitsmarktes sowie den sich schnell wandelnden Anforderungen gerecht wird, und unterstreicht in diesem Zusammenhang unter Verweis auf inakzeptabel hohe Schulabbruchraten und die möglicherweise unzureichende Vermittlung essentieller Fähigkeiten und Kompetenzen die inadäquaten Leistungen vieler Bildungssysteme in Europa. Da insbesondere die unternehmerische Bildung ein Desiderat darstelle, kündigt die Kommission zur Unterstützung der Mitgliedstaaten „Leitrahmen für unternehmerische Bildung“ in allen Bildungssektoren an, die gemeinsam mit der OECD entwickelt werden sollen.

Link zur Mitteilung (bislang nur in englischer Sprache verfügbar):

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&furtherNews=yes&langId=en&newsId=1924>

## **EP FASST ENTSCHEIDUNG ZUM SOZIALINVESTITIONSPAKET FÜR WACHSTUM UND SOZIALEN ZUSAMMENHALT**

In seiner Entschließung zum Sozialinvestitionspaket vom 12.06.2013 begrüßt das EP diesen Kommissionsvorschlag (EB 04/13) als notwendige Verbindung zwischen einzelstaatlichen sozial-, aber auch bildungspolitischen Maßnahmen, dem Europäischen Semester und den Mitteln aus den Kohäsionsfonds der EU. Das EP verweist angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit, der seitens der Wirtschaft nachgefragten Qualifikationen und der Quote der frühen Schulabgänger u.a. auf die Erforderlichkeit angemessener Investitionen in Bildungs- und Ausbildungsprogramme und mahnt eine Kohärenz von Sozialinvestitionen und politischen Maßnahmen in den Bereichen Bildung und lebenslanges Lernen an. U.a. werden der Aufbau von Partnerschaften zwischen Schulen, Ausbildungszentren und lokalen bzw. regionalen Unternehmen sowie Schulungs- und hochwertige Praktikumsprogramme als mögliche Sozialinvestitionen genannt. Ausdrücklich erinnern die Abgeordneten auch an das universelle Recht auf Bildung gemäß Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes.



<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0266+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **BEREICHSÜBERGREIFENDE ZUSAMMENARBEIT VON SCHULEN VOR ORT REDUZIERT BILDUNGSBENACHTEILIGUNG**

Der Ende Mai 2013 veröffentlichter Expertenbericht „Allianzen für Integration“, der von der Kommission im Kontext ihres Sozialinvestitionspakets (EB 04/13) in Auftrag gegeben wurde, kommt zu dem Ergebnis, dass sich Bildungsbenachteiligungen und Deprivationszyklen von Schulen alleine nicht durchbrechen lassen, da Bildungs- und Lebenschancen durch eine Kombination auch schulexterner Faktoren eingeschränkt werden. Deshalb seien sektorübergreifende Strategien erforderlich; insbesondere eine Verknüpfung der schulischen Arbeit mit Maßnahmen des Beschäftigungsbereichs, des Gesundheitswesens, der Justiz, der Jugend- und Sozialarbeit sowie der Zugang zu finanzieller Unterstützung seien von entscheidender Bedeutung. Gleichzeitig seien Schulen der zentrale Ansatzpunkt für mehrgleisige, koordinierte Ansätze, da nur hier die Möglichkeit gegeben sei, das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen kontinuierlich zu verfolgen.

Deutschsprachige Zusammenfassung des Berichts:

[http://ec.europa.eu/education/more-information/doc/neset/sum\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/education/more-information/doc/neset/sum_de.pdf)

Vollständiger Bericht (nur in englischer Sprache verfügbar):

[http://ec.europa.eu/education/more-information/doc/neset/report\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/more-information/doc/neset/report_en.pdf)

## **POLITISCHE PARTIZIPATION JUGENDLICHER AM DEMOKRATISCHEN LEBEN IN EUROPA: 15- BIS 30-JÄHRIGE WOLLEN BESSER GEHÖRT WERDEN**

Ende Mai 2013 wurden mehrere, von der Kommission in Auftrag gegebene Studien bzw. Umfragen zur Einstellung junger Europäer zur Politik auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene veröffentlicht. Demnach sind Jugendliche und junge Erwachsene politisch deutlich aktiver und interessierter als gemeinhin angenommen; sie fühlen sich jedoch von der Politik ihres Landes häufiger nicht ausreichend unterstützt, verstanden und repräsentiert. Vor allem die wachsende Unzufriedenheit mit einer Politik, die die Anliegen und Bedürfnisse der 15- 30-Jährigen nicht genügend berücksichtigt und ihnen zu wenig Gelegenheit zur Mitsprache gibt, führe zu einer spürbar sinkender Wahlbeteiligung in dieser Altersgruppe. In den Studien und Umfragen wird mehrfach auf die herausragende Bedeutung der politischen Bildung, vor allem auch im Schulunterricht, als Grundvoraussetzung für die Steigerung der Partizipation Jugendlicher an der demokratischen Willensbildung hingewiesen.

Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage zum Thema „Partizipation der europäischen Jugend am demokratischen Leben“ vom Mai 2013 (nur in englischer Sprache verfügbar):

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/flash/fl\\_375\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_375_en.pdf)

Metabericht zu Eurobarometer-Umfragen aus dem Jahr 2012 zum Thema „Politische Partizipation und Unionsbürgerschaft: Perzeption und Verhalten junger Menschen“:

[http://ec.europa.eu/youth/documents/report\\_on\\_political\\_participation\\_and\\_eu\\_citizenship.pdf](http://ec.europa.eu/youth/documents/report_on_political_participation_and_eu_citizenship.pdf)



Abschlussbericht „Jugendpartizipation am demokratischen Leben“ der London School of Economics vom Januar 2013 (seit Mai 2013 online):

[http://ec.europa.eu/youth/documents/lse\\_study\\_on\\_youth\\_participation\\_-\\_2013.pdf](http://ec.europa.eu/youth/documents/lse_study_on_youth_participation_-_2013.pdf)

## **STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST**

---

### **GEPLANTES FREIHANDELSABKOMMEN DER EU MIT DEN USA: TEILWEISE EINBEZIEHUNG VON KULTUR UND AUDIOVISION**

Am 14.06.2013 einigte sich der Rat für Auswärtige Beziehungen (Bereich Handel) auf ein Verhandlungsmandat für die Kommission als Vertreterin der EU-Seite in den Gesprächen mit den USA über das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP). Diskutiert wurde in den zwölfstündigen Verhandlungen im Rat v. a. noch über die Aufnahme der Audiovision in den Mandatstext, da Frankreich die bisher übliche Bereichsausnahme forderte und in diesem Zusammenhang mit einem Veto drohte. Im Ergebnis wird bei der Audiovision der Dienstleistungsbereich vorläufig von den Verhandlungen ausgeklammert, kann aber über eine Öffnungsklausel im späteren Verhandlungsverlauf wieder aufgegriffen werden. Kulturdienstleistungen sind in das Mandat aufgenommen worden. Nur bereits bestehende Politiken und Maßnahmen der Kulturförderung in Europa sollen dabei nicht durch die Verhandlungsergebnisse beschränkt werden können. Etwaige künftige Maßnahmen der Kulturpolitik sollen nur insofern nicht beeinträchtigt werden, als sie im Zusammenhang mit Entwicklungen in der digitalen Welt stehen. Die Bundesregierung hatte sich im Rat für ein möglichst breit angelegtes Mandat inklusive der Einbeziehung von Kultur und Medien unter bestimmten Bedingungen ausgesprochen. Damit hat sie einen einstimmigen Beschluss des Bundesrats vom 07.06.2013, der unter Verweis auf die Kulturhoheit der Länder eine klare Kultur- und Medienausnahme forderte, unbeachtet gelassen. Der Mandatstext ist als vertraulich eingestuft und nicht öffentlich verfügbar (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Pressemitteilung des Rates nur in englischer Sprache:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/foraff/137485.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/137485.pdf)

Pressememo der Kommission nur in englischer Sprache:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-564\\_en.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-564_en.htm?locale=en)

### **VERHANDLUNGEN ÜBER DEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 - 2020 (MFR) – SACHSTAND**

Am 19.06.2013 wurde die vorerst letzte Trilogssitzung zwischen Rat, EP und Kommission zum MFR 2014 - 2020 beendet. Die irische Ratspräsidentschaft und die Kommission teilten übereinstimmend mit, dass es eine Einigung gab. Es habe Zugeständnisse des Rates bei den zentralen Forderungen des EP gegeben: Flexibilität, Halbzeitüberprüfung, Zeitplan für die Einführung neuer Eigenmittel und Einheit des EU-Haushalts. Die Zahlen des Finanzrahmens bleiben gegenüber dem Kompromiss des Europäischen Rates (ER) vom 07./08.02.2013 unverändert. Auf „Horizont 2020“ entfielen demnach ca. 70,2 Mrd. €, auf „Erasmus+“



13,0 Mrd. € und auf „Kreatives Europa“ 1,3 Mrd. €. MdEP *Böge*, ständiger Berichterstatter zum MFR und Mitglied des Verhandlungsteams des EP, bestritt jedoch, dass es zu einer Einigung gekommen sei. Die Darstellung der irischen Ratspräsidentschaft über eine angebliche Einigung sei eine Manipulation. Das Verhandlungsteam des EP habe lediglich beschlossen, die Verhandlungen nicht weiter fortzuführen und die Texte dem Plenum des EP vorzulegen. Das Verhandlungsteam als Ganzes sehe sich jedoch nicht in der Lage, das von der irischen Ratspräsidentschaft als Kompromiss dargestellte Ergebnis zu verteidigen. MdEP *Böge* ist vor diesem Hintergrund als Berichterstatter zum MFR zurückgetreten. Einer möglichen Abstimmung im Plenum des EP wolle er nicht im Wege stehen. Die irische Ratspräsidentschaft hat nach der letzten Trilogsitzung angekündigt, dem Rat für Allgemeine Angelegenheiten in seiner Sitzung am 25.06.2013 zu empfehlen, das Trilogergebnis anzunehmen (Einstimmigkeitsprinzip). Ob der Rat für Allgemeine Angelegenheiten den vermeintlichen Kompromiss nach dem geschilderten Eklat annehmen wird, ist noch unklar. Daneben müsste der Kompromiss auch vom EP gebilligt werden. Notwendig ist die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des EP. Das EP wird sich im Plenum mit dem Finanzrahmen voraussichtlich in der Juli-Sitzung befassen (01. - 04.07.2013) (s. Beitrag des StMF in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-592\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-592_en.htm)

Videoaufzeichnung des Statements der irischen Ratspräsidentschaft:

<http://ec.europa.eu/avservices/video/player.cfm?ref=I079677>

## **EP TRIFFT ENTSCHEIDUNG ZU PSI-RICHTLINIE**

Das EP hat am 13.06.2013 nach einer im informellen Trilog erzielten Einigung mit dem Rat in erster Lesung seinen Standpunkt zur Änderung der Richtlinie 2003/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (sog. PSI-Richtlinie) festgelegt (EB 07/2013). Erstmals werden in den Anwendungsbereich der Richtlinie auch Kultureinrichtungen aufgenommen. Während die Kommission Kultureinrichtungen unterschiedslos aufzunehmen plante, einigten sich Rat und EP auf die Aufnahme nur von Bibliotheken (inklusive Universitätsbibliotheken), Museen und Archiven. Andere kulturelle Einrichtungen, wie Orchester, Opern, Ballette und Theater, einschließlich der zu diesen Einrichtungen gehörenden Archive, bleiben auch weiterhin außerhalb des Anwendungsbereichs der Richtlinie. Es ist vorgesehen, dass der Rat den Standpunkt des EP auf einer seiner nächsten Tagungen als A-Punkt, also ohne Aussprache, billigt. Sobald dies erfolgt ist, ist der Rechtsakt angenommen.

Legislative Entschließung des EP zur PSI-Richtlinie:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0275+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **SONDERBERICHT DES EURH ZUM 7. FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM**

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 07.06.2013 einen Sonderbericht veröffentlicht, der sich mit der effizienten Durchführung des in diesem Jahr auslaufenden 7. Forschungsrahmenprogramms (FRP) durch



die Kommission auseinandersetzt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Anwendung der Beteiligungsregeln, die Straffung der Abläufe und die Implementierung neuer Instrumente. Der EuRH stellt rückblickend auf die letzten sechs Jahre eine Reihe von Verbesserungen und Vereinfachungen fest. Trotzdem seien Forscher noch mit Widersprüchlichkeiten in Bezug auf Beteiligungsregeln konfrontiert und trotz teils überflüssiger Personalressourcen verkürze sich die Antragsbearbeitungszeit nur langsam. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass das FRP in Forschungsarbeiten von hoher Qualität investiere, dabei aber die Effizienz in den Hintergrund trete.

Sonderbericht:

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/22594784.PDF>

### **EMPFEHLUNGEN DER HOCHRANGIGEN GRUPPE FÜR HOCHSCHULBILDUNG VORGELEGT**

Eine von der Generaldirektion Bildung und Kultur beauftragte Hochrangige Gruppe für Hochschulbildung hat am 18.06.2013 ihre Empfehlungen veröffentlicht. Der Bericht zur Verbesserung der Qualität der Lehre und des Lernens an Hochschulen enthält insgesamt 16 Empfehlungen. Neben Offensichtlichkeiten, wie einer adäquaten Finanzausstattung, werden u. a. eine obligatorische Pädagogikausbildung für Hochschullehrer, mehr Unterstützung für Unternehmergeist und Innovationskompetenz bei den Studierenden, die Weiterentwicklung von Curricula im Dialog mit Studierenden und der Wirtschaft sowie der Aufbau einer Europäischen Akademie für Lehre und Lernen vorgeschlagen. Diese von nicht näher definierten „Akteuren“ geführte Akademie soll Hochschulen dabei unterstützen, ihre Lehr- und Lernstrategien fortzuentwickeln.

Vollständiger Bericht nur in englischer Sprache:

[http://ec.europa.eu/education/higher-education/doc/modernisation\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/higher-education/doc/modernisation_en.pdf)

### **JPI WATER VERÖFFENTLICHT ERSTE VERSION IHRER FORSCHUNGS- UND INNOVATIONSAGENDA**

Die Initiative für die Gemeinsame Programmplanung (Joint Programming Initiative, JPI) „Water Challenges for a Changing World“ hat am 30.05.2013 die erste Version ihrer Forschungs- und Innovationsagenda angenommen. Sie definiert damit strategische Prioritäten für transdisziplinäre und innovative europäische Forschung im Bereich Wasser. Auf Grundlage dieser Agenda werden nationale und regionale Forschungsprogramme im Wasserbereich sowie die Entwicklung und Durchführung gemeinsamer Aktivitäten koordiniert.

Forschungs- und Innovationsagenda in englischer Sprache:

<http://www.waterjpi.eu/images/documents/Water%20JPI%20SRIA%200%205.pdf>

Zur JPI „Water Challenges for a Changing World“ allgemein:

<http://www.waterjpi.eu/>

### **ERASMUS: EINIGUNG IM INFORMELLEN TRILOG ALS WICHTIGER ZWISCHENSCHRITT**

Beim letzten informellen Trilog am 17.06.2013 zum künftigen Bildungs-, Jugend- und Sportprogramm konnten sich die Verhandlungspartner aus dem EP, dem Rat und der Kommission zu den noch offenen Fragen auf



Kompromisse einigen. Demnach soll das künftige Programm nun den Dachnamen „Erasmus+“ tragen. Das neue Instrument der Darlehensgarantiefazilität für Masterstudierende soll auf Kosten des Budgets für allgemeine und berufliche Bildung eine bessere Ausstattung erhalten. Der Streit um die richtigen Instrumente zur Programmdurchführung wurde im Wesentlichen zugunsten der Ratsposition gelöst, der sich für Durchführungsrechtsakte des künftigen Programmausschusses ausgesprochen hatte. Die Kompromisse werden nun den Mitgliedstaaten auf Botschafterebene zur Billigung vorgelegt. Bei einem ersten Meinungsbild zeigte sich bereits, dass eine nicht unerhebliche Zahl von Mitgliedstaaten die Erhöhung der Ausstattungssumme für die Darlehensgarantiefazilität ablehnt. Ob die mitgliedstaatliche Zustimmung daran scheitern wird, ist allerdings fraglich. Eine tatsächliche Beschlussfassung auf Botschafterebene ist für den 26.06.2013 vorgesehen. Auch der offizielle Standpunkt des EP steht noch aus; sobald dieser gefasst ist, wird die Verordnung dem Rat der Europäischen Union zur endgültigen Annahme vorgelegt.

## **STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND GESUNDHEIT**

---

### **TAGUNG DES RATES DER UMWELTMINISTER AM 18.06.2013 IN LUXEMBURG**

Am 18.06.2013 trafen sich die europäischen Umweltminister zum letzten Ministerrat unter irischer Präsidentschaft in Luxemburg. Die Minister führten u. a. eine Orientierungsaussprache zur Vermeidung indirekter Landnutzungsänderungen (ILUC) und verabschiedeten Schlussfolgerungen zur Anpassung an den Klimawandel.

Schlussfolgerungen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/envir/137508.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/137508.pdf)

Ergebnisse des Umweltrates:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/envir/137512.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/137512.pdf)

### **EP-PLENUM VOM 10. - 13.06.2013 IN STRASSBURG: ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMUG**

Auf der Tagung vom 10. - 13.06.2013 in Straßburg hat das EP-Plenum u. a. eine Entschließung über Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder, Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke und Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung sowie eine Entschließung zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (elektromagnetische Felder) angenommen.

Legislative Entschließung des EP zur Verordnung über Lebensmittel für spezielle Gruppen:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2013-0191&language=DE>

Legislative Entschließung des EP zur Richtlinie zu elektromagnetischen Feldern:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0243+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>



## **SICHERHEIT VON KERNANLAGEN - KOMMISSION SCHLÄGT VERBINDLICHE STRESSTESTS VOR**

Am 13.06.2013 hat Kommissar *Oettinger* seinen Vorschlag für eine überarbeitete Richtlinie für die nukleare Sicherheit in Brüssel vorgestellt. Mit dem Vorschlag soll die Kernsicherheits-Richtlinie aus dem Jahr 2009 geändert und dabei u. a. verbindliche Überprüfungen (Stresstests) von Kernanlagen alle sechs Jahre im sog. Peer-Review-Verfahren eingeführt werden.

Richtlinienvorschlag:

[http://ec.europa.eu/energy/nuclear/safety/doc/com\\_2013\\_0343\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/energy/nuclear/safety/doc/com_2013_0343_de.pdf)

Internetseite der Kommission zum Thema Kernenergie:

[http://ec.europa.eu/energy/nuclear/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/energy/nuclear/index_de.htm)

## **EMISSIONSHANDEL - KONSULTATION ZUR LISTE DER ENERGIEINTENSIVEN INDUSTRIESEKTOREN (CARBON LEAKAGE)**

Am 06.06.2012 hat die Kommission eine Online-Befragung zur künftigen Gestaltung der Liste der sog. energieintensiven Sektoren im Rahmen des Emissionshandels (ETS) veröffentlicht. Die Kommission ist verpflichtet, alle fünf Jahre die befreiten Sektoren und die zugrundeliegenden Benchmark-Kriterien zu überprüfen. Bis zum 30.08.2013 sind alle interessierten Kreise aufgerufen, ihre Beiträge zur Sektoren-Liste (2015 - 2019) einzubringen und sich an der Konsultation zu beteiligen.

Zum Fragebogen:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=leakage>

Studie von Ecosys zur Gestaltung der Liste 2015-2019:

[http://ec.europa.eu/clima/policies/ets/cap/leakage/docs/carbon\\_leakage\\_list\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/clima/policies/ets/cap/leakage/docs/carbon_leakage_list_en.pdf)

## **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT JAHRESBERICHT ÜBER DAS SCHNELLWARNSYSTEM FÜR LEBENS- UND FUTTERMITTEL**

Die Kommission hat am 10.06.2013 den Jahresbericht 2012 über das Europäische Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (RASFF) veröffentlicht. Über das elektronische RASFF-System werden seit 1979 Informationen zwischen den für Lebensmittelsicherheit zuständigen nationalen Behörden schnell ausgetauscht, wenn in der Lebens- und Futtermittelkette ein Risiko für die menschliche Gesundheit festgestellt wird. Aus dem vorgelegten Bericht geht hervor, dass über das RASFF-System zwischen den EU-Ländern 2012 fast 8.800 Warnmeldungen ausgetauscht wurden. Das sind 3,9 % weniger als im Jahr 2011.

RASFF-Jahresbericht 2012:

[http://ec.europa.eu/food/food/rapidalert/docs/rasff\\_annual\\_report\\_2012\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/food/food/rapidalert/docs/rasff_annual_report_2012_en.pdf)



## IUK- UND MEDIENPOLITIK

---

### HANDELSMINISTERRAT BESCHLIESST AUSNAHME DES AUDIOVISUELLEN BEREICHS VON VERHANDLUNGSMANDAT FÜR FREIHANDELSABKOMMEN ZWISCHEN DER EU UND DEN USA

In seiner Sitzung am 14.06.2013 hat der Rat der EU-Handelsminister der Kommission ein Mandat zu Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen (TTIP) mit den USA erteilt (EB 09/13), wobei audiovisuelle Dienste vorerst nicht vom Verhandlungsmandat erfasst sind. Die Kommission hat allerdings die Möglichkeit, zu einem späteren Zeitpunkt den Rat erneut um ein Verhandlungsmandat für diesen Bereich zu ersuchen.

Pressemitteilung des Handelsministerrates zur Verabschiedung des Verhandlungsmandates in englischer Sprache:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/foraff/137485.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/137485.pdf)

Pressemitteilung der Kommission zum beschlossenen Verhandlungsmandat in englischer Sprache:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-564\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-564_en.htm)

Statement von Kommissar *De Gucht* (Handel) zum Beschluss des Ministerrates in englischer Sprache:

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=917>

Stellungnahme der EBU zur Ausnahme von audiovisuellen Diensten vom Verhandlungsmandat in englischer Sprache:

<http://www3.ebu.ch/cms/en/sites/ebu/contents/policies/eu---policy/news/ebu-welcomes-exclusion-of-audiov.html>

Studie der Bertelsmann Stiftung zu den wirtschaftlichen Auswirkungen des Freihandelsabkommens:

[http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-70587B36-](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-70587B36-8D0B6320/bst/hs.xsl/nachrichten_116768.htm)

[8D0B6320/bst/hs.xsl/nachrichten\\_116768.htm](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-70587B36-8D0B6320/bst/hs.xsl/nachrichten_116768.htm)

### SITZUNG DES TELEKOMMUNIKATIONSMINISTERRATES AM 06.06.2013

Der Ministerrat für Verkehr, Telekommunikation und Energie hat sich in seiner Sitzung am 06.06.2013 generell für die Umsetzung des digitalen Binnenmarktes bis 2015 ausgesprochen. Des Weiteren wurden der Richtlinienvorschlag der KOM zu einer gemeinsamen Strategie zur Sicherheit von Informationsnetzwerken und die Leitlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze beraten. Die Ergebnisse der Debatte im Ministerrat werden in Vorbereitung auf den Europäischen Rat (ER) am 27. und 28.06.2013 an den Präsidenten des Europäischen Rates übermittelt.

Pressemitteilung des Ministerrates für Verkehr, Telekommunikation und Energie zur Sitzung am 06.06.2013 in englischer Sprache:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/trans/137408.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/137408.pdf)

Diskussionspapier zur Debatte am 06.06.2013 bezüglich der Durchsetzung des digitalen Binnenmarktes der irischen Ratspräsidentschaft in englischer Sprache:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/13/st09/st09756.en13.pdf>



## MINISTERRAT FÜR JUSTIZ UND INNERES UNEINIG ÜBER DIE EU-DATENSCHUTZREFORM

Der Rat der EU-Justiz- und Innenminister hat am 06.06.2013 zur von der Kommission vorgeschlagenen Datenschutzrechtsreform (EB 02/12) keine Einigung erzielen können. Vorgesehen ist u. a. ein „Recht auf Vergessen“ zum Schutz der Verbraucher gegenüber großen Internetkonzernen sowie Regelungen für Unternehmen und Behörden zum Umgang mit persönlichen Daten. Deutschland meldete jedoch grundlegende Bedenken an dem Vorhaben an. Befürchtet wird, dass die Neuregelung ein niedrigeres Datenschutzniveau als das der bestehenden Richtlinie (95/45/EG) zur Folge haben werde.

Pressemitteilung des Ministerrates für Justiz und Inneres am 06.06.2013 in englischer Sprache:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/jha/137407.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/137407.pdf)

## KOMMISSION BESORGT ÜBER USA-DATENSAMMLUNG „PRISM“

Vizepräsidentin und Justizkommissarin *Reding* und Innenkommissarin *Malmström* haben US-Justizminister *Eric Holder* bei einem Treffen am 14.06.2013 dazu aufgefordert, die Auswirkungen des durch Medienberichte bekannt gewordenen Internetüberwachungsprogramm „PRISM“ der US-Sicherheitsbehörde National Security Agency (NSA) auf die Rechte von EU-Bürgern darzulegen. Vorgeworfen wird der NSA, anlasslos Daten über Telefonkontakte und die Nutzer großer IT-Unternehmen wie Google, Microsoft, Yahoo, Facebook, Apple, YouTube, Skype und PalTalk zu sammeln. Damit würden Emails, Videos, Fotos und andere Daten von Internetnutzern überwacht. *Reding* zufolge habe *Holder* erläutert, das PRISM-Programm ziele auf Nicht-US-Bürger ab, die unter dem Verdacht auf Terrorismus oder Internetkriminalität stünden. Die NSA würde nicht großflächig Daten sammeln, man extrahiere nur Daten verdächtiger Individuen oder Gruppen. Dies geschehe auf Basis von Beschlüssen amerikanischer Gerichte und unter der Aufsicht des US-Kongresses. *Reding* bewertete diese Äußerungen als „ersten guten Schritt“, die Kommission werde allerdings auf die Bekanntgabe weiterer Details drängen. Auf Vorschlag von *Holder* soll eine Gruppe von Sicherheitsexperten der EU und der USA gemeinsam noch ausstehende Fragen klären (s. Beitrag des StMI in diesem EB).

Pressemitteilung von Kommissionsvizepräsidentin *Reding* zu den Gesprächen mit US-Justizminister *Holder* zu PRISM in englischer Sprache:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-13-536\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-536_en.htm)

Pressemitteilung des EP zur Parlamentsdebatte am 10.06.2013 über das US-Datensammelprogramm:

[http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/public/story/20130611STO11522/20130611STO11522\\_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/public/story/20130611STO11522/20130611STO11522_de.pdf)

## ÄNDERUNG DER RICHTLINIE ZUR WEITERVERWENDUNG VON INFORMATIONEN DES ÖFFENTLICHEN SEKTORS

Das EP hat am 13.06.2013 nach informeller Einigung mit dem Rat seinen Standpunkt in erster Lesung zur Änderung der Richtlinie 2003/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (sog. PSI-Richtlinie) festgelegt (EB 07/13). Danach sollen öffentliche Stellen für die Herausgabe von Informationen als Ausgangsmaterial für Dienste privater Anbieter wie z. B. Navigationssysteme, Wettervorhersagen etc. grundsätzlich nur kostendeckende Gebühren verlangen. Ausnahmen sind für



Bibliotheken, Museen und Archive vorgesehen, die auch weiterhin über die Kosten für Vervielfältigung und Weiterverbreitung der Informationen hinausgehende Gebühren einfordern können.

Text der legislativen Entschließung des EP zur Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0275+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Pressemitteilung der Kommission in englischer Sprache:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-555\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-555_en.htm)

### **KOMMISSION LEGT JÄHRLICHEN FORTSCHRITTANZEIGER ZUR DIGITALEN AGENDA VOR**

In ihrem am 12.06.2013 veröffentlichten jährlichen Fortschrittsbericht zur Digitalen Agenda kommt die Kommission zu dem Ergebnis, dass fast alle EU-Bürger über Zugang zu grundlegenden digitalen Netzen und Diensten verfügen. Darüber hinaus habe fast die Hälfte der Menschen in der EU laut den veröffentlichten Daten Zugang zu Breitbandanschlüssen. Auch würden immer mehr EU-Bürger (36 %) mit mobilen Geräten wie Handys oder Laptops ins Internet gehen. Dennoch fehlt es laut Vizepräsidentin Kroes (Digitale Agenda) an Investitionen in Hochgeschwindigkeitsnetze. Außerdem bestehe noch kein echter Binnenmarkt im Telekommunikationsbereich. Um dieses Problem zu beheben, werde die Kommission noch in diesem Jahr ein Maßnahmenpaket zur Schaffung eines Telekom-Binnenmarktes vorstellen (EB 10/13).

Pressemitteilung der Kommission zum Fortschrittsanzeiger 2013:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-528\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-528_de.htm)

Datensatz des Fortschrittsanzeigers:

<https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/scoreboard>

### **GRIECHISCHES GERICHT ERKLÄRT VORLÄUFIGE ABSCHALTUNG DES ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNKS IN GRIECHENLAND FÜR NICHTIG**

Das höchste griechische Verwaltungsgericht hat am 17.06.2013 die Schließung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Griechenlands per einstweiliger Verfügung für nichtig erklärt. Am 11.06.2013 hatte die griechische Regierung die drei Fernsehkanäle und die Hörfunkprogramme des staatlichen Senders ERT vorläufig mit der Begründung abgeschaltet, damit Auflagen des EU-Sparprogramms zu erfüllen. Die Sender hätten zu einem späteren Zeitpunkt mit einer schlankeren Struktur und weniger Beschäftigten ihren Betrieb wieder aufnehmen sollen. In der Entscheidung des Gerichts heißt es, dass der alte Rundfunk erst dann ersetzt werden könne, wenn eine neue Sendeanstalt geschaffen sei. Derzeit verursacht ERT rund 300 Mio. € Kosten jährlich und beschäftigt 2600 Mitarbeiter.

Pressemitteilung der Kommission bezüglich der Abschaltung des griechischen Staatsrundfunks:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-537\\_fr.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-537_fr.htm)

Pressemitteilung der Europäischen Rundfunk Union zur Entscheidung des höchsten griechischen



Verwaltungsgerichtes in englischer Sprache:

<http://www3.ebu.ch/cms/en/sites/ebu/contents/news/2013/06/european-public-service-media-we.html>

### **KOMMISSIONSBESCHLUSS ZUR EINFÜHRUNG EINES AUTOMATISCHEN UNFALLNOTRUFES IN AUTOS AB 2015**

Die Kommission hat am 13.06. zwei Vorschläge für einen geplanten Rechtsakt angenommen, um sicherzustellen, dass spätestens ab Oktober 2015 bei schwerwiegenden Unfällen automatische Notrufe aus Autos abgesetzt werden (EB 15/11). Dabei handelt es sich um das sog. „eCall“-System, das bei einem schweren Unfall automatisch Europas einheitliche Notfallnummer 112 wählt und den Standort des Fahrzeugs an die Notfalldienste sendet (s. Beitrag des StMI in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission zur Einführung von eCall:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-534\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-534_de.htm)